

Stenographischer Bericht

19. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

I. Periode — 31. März 1947.

Inhalt:

Personalien:

Wegen Krankheit sind entschuldigt Präsident Wallner, die Abg. Dr. Speck und Möstl. Ferner sind entschuldigt die Abg. Amon und Schupfer (275). Genesungswünsche des zweiten Präsidenten Stockbauer für den unfallverletzten ersten Präsidenten Wallner (275).

Auflagen:

Antrag des Finanzausschusses, Beilage Nr. 31 (275), Antrag der Abg. Wabnegg, Duß, Wolf und Holik, Einl.-Zl. 65 (275). Regierungsvorlagen, Beilagen Nr. 30, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39 (275), Einl.-Zln. 74, 75, 76 (275). Verzeichnis Nr. 9 der mündlichen Berichte des Gemeinde- und Verfassungsausschusses (275).

Zuweisungen:

Regierungsvorlagen, Beilagen Nr. 30, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 39 (276), Einl.-Zln. 65, 74, 75, 76 (276).

Verhandlungen:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 25, Gesetz über den Landesvoranschlag 1947 und Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses zum Landesvoranschlag für das Jahr 1947, Beilage Nr. 31. Hauptberichterstatler Abg. Hofmann (276). Redner: Landesrat Horvatek (276), Landesrat Dr. Illig (281), Abg. Rosenwirth (288), Abg. Fischer (293).

Beginn der Sitzung: 17 Uhr 10 Minuten.

Präsident Stockbauer: Hohes Haus! Ich eröffne die 19. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße die erschienenen Abgeordneten, die Vertreter des Hauptquartiers der Britischen Zivilverwaltung, besonders aber den Stellvertreter des Obersten Offiziers der Britischen Zivilverwaltung, Herrn Oberstleutnant Boyd.

Wegen Krankheit entschuldigt sind Präsident Wallner, die Abgeordneten Dr. Speck und Möstl, ferner die Abg. Amon und Schupfer.

Der Herr Landtagspräsident Wallner hat, wie Ihnen ja bekannt sein dürfte, einen höchst bedauerlichen Unfall auf einer Dienstreise erlitten. Anfangs schienen sehr schwere Verletzungen vorzuliegen. Diese Befürchtung hat sich jedoch zum Glück nicht bewahrheitet. Der Herr Präsident ist außer Gefahr. Er befindet sich auf dem Wege der Besserung. (Allgemein lebhafter Beifall.) Ihr Beifall beweist mir, daß ich mich mit allen Mitgliedern des Hohen Hauses einig fühlen kann, wenn wir ihm unsere besten Grüße überbringen und ihm baldige und vollständige Genesung wünschen. (Erneuter Beifall.)

Aufgelegt wurden:

Der Antrag des Finanzausschusses Beilage Nr. 31, Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge

des Finanzausschusses zum Landesvoranschlag für das Jahr 1947,

die Einl.-Zl. 65, Antrag der Abgeordneten Wabnegg, Duß, Wolf und Holik, betreffend Erklärung des 19. März zum Landesfeiertag,

die Regierungsvorlage Beilage Nr. 30, Gesetz über Änderungen der Gemeindeordnung für alle Gemeinden des Landes Steiermark mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut,

die Regierungsvorlage Beilage Nr. 32, Gesetz mit welchem das Gesetz vom 29. Mai 1946, LGBl. Nr. 13, betreffend die Einhebung einer Abgabe für die Ausübung des Jagdrechtes abgeändert wird,

die Regierungsvorlage Beilage Nr. 33, Gesetz, womit die Einhebung eines Zuschlages zur Vergnügungssteuer neu geregelt wird,

die Regierungsvorlage Beilage Nr. 34, Gesetz über die Einhebung einer Abgabe von Anzeigen in Druckwerken durch das Land Steiermark (Landes-Anzeigenabgabe),

die Regierungsvorlage Beilage Nr. 35, Gesetz betreffend die Einhebung einer Landeskraftfahrzeugabgabe,

die Regierungsvorlage Beilage Nr. 36, Gesetz über die Fischerkartengebühren,

die Regierungsvorlage Beilage Nr. 37, Gesetz über die Einhebung eines Landeszuschlages zur Grunderwerbsteuer,

die Regierungsvorlage Einl.-Zahl 74, Gewährung einer Gnadengabe an die Kanzleiadjunktenswitwe Berta Mahnic,

die Regierungsvorlage Einl.-Zahl 75, Gewährung einer Gnadengabe an Rosa Putz, Witwe des Bezirksstraßenwärters Peter Putz,

die Regierungsvorlage Einl.-Zahl 76, Weiterbewilligung einer Gnadengabe an den ehemaligen Hausdiener des Landeskrankenhauses in Leoben, Franz Scherz,

die Regierungsvorlage Beilage Nr. 38, Gesetz betreffend Einhebung einer Gemeindeabgabe von öffentlichen Ankündigungen im Gebiete der Stadt Graz (Ankündigungsabgabe),

die Regierungsvorlage Beilage Nr. 39, Gesetz über Änderungen der Gemeindeordnung für alle Gemeinden des Landes Steiermark mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut,

ferner das Verzeichnis Nr. 9 der mündlichen Berichte des Gemeinde- und Verfassungsausschusses.

Falls kein Einwand erhoben wird, werde ich die Anträge und die Regierungsvorlagen unter Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist wie folgt zuweisen:

Die Beilagen Nr. 32, 33, 34, 35, 36, 37 und die Einl.-Zahlen 74, 75, 76 dem Finanzausschuß, die Beilagen Nr. 30, 38 und 39 dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß, die Einl.-Zahl 65 der Landesregierung.

Ich stelle fest, daß dagegen kein Einwand erhoben wird. Da die Beilagen Nr. 32 bis 37 im engsten Zusammenhang mit dem Landesvoranschlag stehen, bitte ich den Finanzausschuß, sogleich in die Beratungen dieser Vorlagen einzutreten und die bezüglichen Berichte so rasch als möglich dem Landtag vorzulegen. Ich behalte mir vor, wenn die erforderlichen Voraussetzungen vorliegen, diese Berichte bereits auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen. Im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz beantrage ich, den mündlichen Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage Beilage Nr. 25, Gesetz über den Landesvoranschlag für das Jahr 1947 und die heute aufgelegten Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses zum Landesvoranschlag für das Jahr 1947, Beilage Nr. 31 unter Abstandnahme von der 24stündigen Auflagefrist auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen.

Da kein Einspruch erhoben wird, stelle ich fest, daß dieser Vorschlag einstimmig angenommen wird. Ich schreite nunmehr zur Tagesordnung.

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 25, Gesetz über den Landesvoranschlag 1947 und Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses zum Landesvoranschlag für das Jahr 1947, Beilage Nr. 31.

Als Hauptberichterstatter erteile ich dem Abgeordneten Friedrich Hofmann das Wort.

Abg. Hofmann: Hoher Landtag! Ich habe die Ehre, Ihnen im Auftrag des Finanzausschusses des Steiermärkischen Landtages den Voranschlag des Jahres 1947 mit den Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträgen vorzulegen. Dazu wäre zu sagen: Wir haben in nicht weniger als 38 Sitzungen, darunter auch Nachtsitzungen, im Finanzausschuß den Landesvoranschlag einer gründlichen Revision unterzogen. Ich kann wohl behaupten, daß alle Mitglieder des Finanzausschusses, welcher Partei immer, mit großem Ernst und in der Erkenntnis, daß wir ja letzten Endes die Steuergelder des schwer arbeitenden Volkes zu verwalten haben und demzufolge mit Ausgaben nicht leichtfertig umgehen dürfen, äußerst sorgfältig die einzelnen Kapitel des Landesvoranschlages durchgearbeitet haben. Der ganze Voranschlag zeigt Ihnen ja auch, wenn Sie ihn genau durchsehen, daß er nicht unberührt ist von der ungeheuren Not der Zeit, in der wir in ganz Österreich und nicht zuletzt in unserer Steiermark leben. Wenn gegenüber dem ersten Voranschlag Erhöhungen vorgenommen wurden, so nur deshalb, weil diese Erhöhungen in den einzelnen Kapiteln eine unbedingte Notwendigkeit darstellen und wir im Finanzausschuß gemeinsam der Meinung waren, daß es nicht angeht, diese oder jene Post geringer zu dotieren. Ich will

nicht in Einzelheiten eingehen, es liegt Ihnen ja der gesamte Voranschlag vor.

Er gliedert sich in einen ordentlichen und einen außerordentlichen Haushaltsplan. Daß der ordentliche Haushaltsplan in erster Linie nur Ziffern enthält, die die laufende Gebarung des Landes darstellen, ist selbstverständlich. Andererseits aber haben wir in den außerordentlichen Haushaltsplan namhafte Beträge einsetzen müssen, die deshalb notwendig erschienen, weil eben die Kriegereignisse auch nach zweijähriger Beendigung des Krieges ganz bedeutende Auslagen notwendig gemacht haben.

Die Zahlen liegen Ihnen vor. Ich glaube, mich nur darauf beschränken zu können, Ihnen mitzuteilen, daß wir im ordentlichen Haushalt einen Abgang von rund 3½ Millionen Schilling, im außerordentlichen Haushalt einen Abgang von 8½ Millionen Schilling haben. Im Zuge der Gesamtdebatte wird ja klargestellt werden, wie man sich die Bedeckung dieser Abgänge vorstellt.

Ich schlage Ihnen vor, zur Beratung des Haushaltsplanes 1947 sofort die Generaldebatte zu eröffnen. Sie werden als Vertreter der steirischen Bevölkerung wahrscheinlich in ausreichendem Maße zu den einzelnen Haushaltsplänen Stellung nehmen. Ich bin überzeugt, daß Sie die Arbeit des Finanzausschusses im großen und ganzen gutheißen werden in der Erkenntnis, daß eben die Not der Zeit uns zwingt oder gezwungen hat, manches hintanzustellen, um eben wirklich nur das Notwendige unserer steirischen Bevölkerung an Lasten aufzuerlegen. Ich bitte und beantrage daher, unverzüglich in die Generaldebatte einzugehen.

Präsident: Im Sinne eines Beschlusses der Obmännerkonferenz soll sich die Behandlung des Landesvoranschlages in einer Generaldebatte und einer Spezialdebatte abwickeln. Wenn dagegen kein Einwand erhoben wird, erkläre ich nunmehr die Generaldebatte für eröffnet. Ich bitte den Herrn Landesrat Horvatek, mit seinen Ausführungen zu beginnen.

Landesrat Horvatek: Hohes Haus! Der Herr Hauptberichterstatter hat bereits darauf hingewiesen, daß der Landesvoranschlag 1947 außergewöhnlich gründlich, vielseitig und umsichtig beraten wurde. Es dürfte einmalig in der Geschichte des Steiermärkischen Landtages sein, daß ein Voranschlag in nicht weniger als 38 Sitzungen einer eingehenden Prüfung und Erörterung unterzogen wurde. Es ist aber festzustellen, daß diese lange Zeit, welche die Prüfung und Abänderung des Voranschlages gebraucht hat, nicht darauf zurückzuführen ist, daß der Voranschlag an sich schlecht erstellt gewesen wäre, sondern daß seine Erstellung in eine Zeit gefallen ist, in der die Ereignisse hinsichtlich des Lohn- und Preisgefüges alle Ansätze über den Haufen geworfen haben. Es war nicht möglich, den Voranschlag nach dieser Richtung vollkommen einwandfrei zu fassen und ich habe mir, als der Voranschlag am 3. Jänner 1947 aufgelegt wurde, die Bemerkung erlaubt, daß ich selbst nicht alle Posten decke und mir während der Beratung des Voranschlages im Finanzausschusse

das Recht vorbehalte, einzelne Abänderungsanträge zu stellen. Ich habe davon in ziemlich reichlichem Maße Gebrauch gemacht. Der Finanzausschuß hat sich nicht damit begnügt, den Voranschlag eingehend zu prüfen und abzuändern, sondern hat sich vor allem sehr ausführlich mit der Frage beschäftigt, wie denn der ordentliche und außerordentliche Voranschlag gedeckt werden könne, denn das Bild, das ich Ihnen am 3. Jänner 1947 entwickelte, war ein ziemlich trübes. Er hat sich entschlossen, eine Delegation nach Wien zum Herrn Bundesminister für Finanzen zu entsenden und es haben Besprechungen stattgefunden, an denen Landesrat Dr. Illig und Abg. Smolana von der ÖVP, Abg. Hofmann und Präsident Stockbauer von Seiten der SPÖ und ich teilgenommen haben. Diese Verhandlungen haben überraschenderweise ein recht befriedigendes Ergebnis gezeitigt. Ich werde darauf im Verlaufe meiner Ausführungen noch zurückkommen. Wir können sagen, daß der Voranschlag, wie er jetzt mit seinen Abänderungs- und Bedeckungsanträgen vorliegt, zweifellos ein Voranschlag ist, der sich sehen lassen kann und auch der strengen Prüfung, die durch den Finanzminister stattfinden dürfte, mit Erfolg standhalten wird. Erlauben Sie nun, meine Damen und Herren — es ist das Schicksal, des Finanzreferenten, daß er trockene Reden zu halten hat, weil eben Zahlen nicht gerade Gefühlswallungen hervorrufen — daß ich auf die Details selbst eingehe.

Bei den Darlegungen am 3. Jänner habe ich erklärt, daß das Erfordernis des ordentlichen Haushaltes 65,934.700 S beträgt, davon sind gedeckt 52,578.300 S, es war daher vorgesehen ein Abgang von 13,356.400 S. Im ordentlichen Haushalt ein recht unerfreuliches Bild.

Im außerordentlichen Haushalt mit einem Erfordernis von 9,637.100 S war keine Bedeckung vorhanden, so daß sich ein Abgang in derselben Höhe ergab. Der Gesamtabgang im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt 1947 belief sich nach der Regierungsvorlage auf 22,993.500 S.

Wenn wir damit die nunmehr vorliegenden Zahlen vergleichen, so sehen sie so aus:

Ordentliches Erfordernis 73,840.700 S, das ist ein Mehr gegenüber der Regierungsvorlage um 7,906.000 S. Die Bedeckung hingegen beträgt 70,338.000 S, ist gestiegen um 17,759.700 S und der ungedeckte Abgang beträgt nur mehr 3,502.700 S, der Abgang ist also verringert worden um 9,853.700 S. Ich glaube, man kann mit Recht sagen, der Finanzausschuß hat gute Arbeit geleistet.

Im außerordentlichen Haushalt ist das Erfordernis nicht unwesentlich gestiegen, u. zw. auf 11,951.700 S, also ein Mehr gegenüber der Regierungsvorlage um 2,314.600 S. Wir haben aber nun auch eine Bedeckung vorgesehen von 3,434.200 S, so daß der Abgang nur mehr 8,517.500 S beträgt, das ist ein Weniger gegenüber dem ursprünglichen außerordentlichen Haushaltsplan von 1,119.600 S. Der neue Gesamtabgang aus dem ordentlichen und außerordentlichen Haushalt beträgt nur mehr 12,020.200 S,

ist also gegenüber dem ursprünglichen um 10,973.300 S geringer.

Wir haben berechtigte Hoffnung auf Grund der eingehenden Aussprache in Wien, daß wir aus einer Steuererhöhung, die ich nicht näher beschreiben will, weil darüber im Schoße der Bundesregierung noch verhandelt wird, einen Anteil von etwa 2 Millionen Schilling noch im Jahre 1947 erhalten werden und außerdem erwarten wir auf Grund der Zusage des Bundesministers für Finanzen vom 6. Dezember 1946, daß er uns beteiligen wird an erhöhten Steuereinnahmen, u. zw. an der Einkommen- und Wareneinsatzsteuer in der Form, daß im Prozentsatz der Steigerung unserer Voranschlagsposten sich auch die Finanzzuweisungen erhöhen. Wenn ich annehme, daß diese nur 5 % betragen, was sehr bescheiden ist, erwarte ich Einnahmen von 662.000 S. Wir würden mit diesen zwei Einnahmen einen Abgang von 2,662.000 S bedecken, so daß nur mehr ein Abgang von 840.700 S verbliebe, ein Betrag, der zur Gesamtsumme des ordentlichen Erfordernisses nur 1,1 % beträgt. Es ist im Finanzgesetz vorgesehen, daß dieser noch verbleibende Abgang durch Ersparungen oder Mehreinnahmen zu bedecken sein wird.

Es ist mit gutem Gewissen im Finanzgesetz vorgeschlagen, daß dieser noch verbleibende Abgang zu decken sein wird durch Ersparungen oder Mehreinnahmen. Der außerordentliche Haushaltsplan ist, wie ich Ihnen früher erklärt habe, unbedeckt mit 8,517.000 S. Der Herr Bundesfinanzminister wird zweifellos sein Versprechen, die Beseitigung der Kriegsschäden nach Maßgabe der vollzogenen Auslagen zu ersetzen, einhalten, so daß wir uns bezüglich dieses unbedeckten Abganges keine Sorgen machen brauchen. Der Herr Bundesfinanzminister verlangt nur, daß wir nachweisen, was wir an Kriegsschäden im heurigen Jahr voranschlagsmäßig wirklich beseitigt haben und wird bereit sein, uns diesen Betrag zu ersetzen. Ich habe mich an ihn mit der Bitte gewendet, uns zur Beseitigung dieser Kriegsschäden Vorschüsse zu geben, die abgerechnet werden und am Ende des Jahres soll eine endgültige Bereinigung stattfinden, weil ich nicht in der Lage wäre, aus den geringen Geldreserven diese Aufwendungen zu vollziehen und erst nachher vom Herrn Bundesfinanzminister diese Beträge rückzuerbitten. Dieser unbedeckte Abgang des außerordentlichen Haushaltsplanes von 8,517.500 S bezieht sich nur auf Instandsetzungen oder Wiederherstellungen durch Kriegsschäden zerstörter Brücken, Straßen, Bahnanlagen und Gebäude. Da der Standpunkt aller Landesfinanzreferenten der ist, Kriegsschäden seien nicht Landessache, sondern Bundessache, können wir auf Grund der geführten Verhandlungen erwarten, daß auch tatsächlich der Bund uns helfen wird. Es entsteht die Frage: Wieso hat sich plötzlich die gesamte Finanzlage des Landes in bezug auf den Voranschlag 1947 so wesentlich gebessert? Das ist zurückzuführen auf Umstellungen, die wir vorgenommen haben, indem wir alles, was nicht in den ordentlichen Haushaltsplan gehört, in den außerordentlichen übertragen haben, weiters auf

Änderungen in den Ansätzen, auf neue Bedeckungsanträge, die auch hier zur Verhandlung stehen und auf die Folgen, die die Verhandlungen in Wien zeitigt haben.

Alle Kriegsschäden, die heuer beseitigt werden sollen, sind grundsätzlich in den außerordentlichen Haushaltsplan verwiesen worden. Außerdem haben wir im außerordentlichen Haushaltsplan Beträge für Ausgaben, die einmalig sind, wie z. B. Zubauten bei Krankenanstalten u. dgl. Für diese ist die Bedeckung vorgesehen aus Mitteln des ordentlichen Haushaltsplanes, die in den außerordentlichen überwiesen werden.

Ich möchte nun auf die Änderungen eingehen, die bei den Ansätzen des Voranschlages durch den Finanzausschuß vollzogen wurden. Sie werden mir ersparen, jede einzelne dieser Zahlen zu nennen, ich will nur die bedeutendsten herausgreifen. Im ordentlichen Haushaltsplan Einzelplan 0 „Landtag, Landesregierung und Amt der Steiermärkischen Landesregierung“ zeigt sich eine Änderung bei der Entschädigung der Mitglieder des Landtages und der Landesregierung, weil wir auf Grund des Bundesgesetzes vom 12. Dezember 1946, Nr. 23 verhalten waren, diese Bestimmungen sinngemäß auf die früher genannten Mandatäre anzuwenden. Ausgegangen sind wir bei den Landtagsabgeordneten von den Bundesratsbezügen — die Landtagsabgeordneten beziehen 80 % der Bundesratsbezüge — bei den Landesregierungsmitgliedern wird ausgegangen von dem im Gesetz festgesetzten Bezug des Landeshauptmannes, der abgestuft auf die übrigen Landesregierungsmitglieder Anwendung findet.

Auch der Kraftwagenbetrieb erfordert höhere Ausgaben um 20.000 S, weil alles teurer wird und man daher mit den Ansätzen nicht auskommen könnte. Ebenso wurden die Verfügungsmittel des Landeshauptmannes und der Regierungsmitglieder etwas erhöht, um den großen Ansprüchen genügen zu können.

Im Einzelplan 2 „Schulwesen“ wäre bedeutsam die Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Fortbildungsschullehrer. Der gewerbliche Nachwuchs ist für die Entwicklung des steirischen Handwerks, Gewerbes und der Industrie von größter Bedeutung. Es ist daher notwendig, daß der Ausbildung der Lehrer für die Fortbildungsschulen ein erhöhtes Augenmerk zugewendet wird. Es werden die Lehrer zu Fachkursen zusammengezogen, wozu bedeutende Mittel erforderlich sind. Auch hat sich der Finanzausschuß entschlossen, zur Errichtung eines Lehrlingsheimes in Graz einen Betrag von 35.000 S zu bewilligen unter der Voraussetzung, daß das Land in der Verwaltung auch die entsprechende Vertretung findet. Über Wunsch des Herrn Landesrates Dr. Illig, der alle seine Kräfte anspannt, um das Fremdenverkehrswesen in der Steiermark auf die Höhe zu bringen, wurde ein Förderungsbeitrag von 10.000 S für die Hotelfachschule im Ennstal gewidmet. Um den mittellosen Studierenden das Studium zu ermöglichen, wurden die Studienbeihilfen

um 85.000 S erhöht. Für Schülerheime wurden zusätzlich 155.000 S bewilligt.

Auch für die Förderung der steirischen Künstler ist ein erhöhter Betrag eingesetzt, ebenso für die steirischen Bühnen. Und nun etwas Neues: Wir haben einen Sicherheitsbeitrag von 25.000 S im Budget für die Grazer Festspiele veranschlagt. Die Grazer Festspiele sollen eine ständige Einrichtung werden. Sie sind im Hinblick auf den Fremdenverkehr von Bedeutung. Solche Unternehmungen können unter den verschiedensten Verhältnissen leiden. Es muß daher jemand da sein, der für Verluste eintritt. Auch die Stadtgemeinde Graz hat dafür vorgesorgt. Für Volksbildungszwecke wurde eine Erhöhung von insgesamt 152.300 S bewilligt.

Im Einzelplan 4 „Fürsorge“ ist eine sehr interessante Post. Es sind eine Reihe von Erhöhungen vorgenommen worden, die sich aus der Erkenntnis der Verhältnisse ergaben. Je böser die wirtschaftlichen und Ernährungsverhältnisse sind, desto mehr erforderlich ist es, auf fürsorglichem Gebiet einzugreifen. Wir müssen auch eingreifen in einem besonderen Fall. Wir haben die Befürsorgung der in Steiermark befindlichen Ausländer. Das ist eine große Zahl, u. zw. etwa 95.000. Wir haben nun die Freude, daß der Herr Bundesfinanzminister bereit sein wird, uns diese Kosten, um die wir schon lange streiten, zu ersetzen. Wir konnten natürlich auf dem Gebiet der Fürsorge viel nur deshalb machen, weil wir uns entschlossen haben, die Verpflegskostensätze der gesteigerten Teuerung anzupassen. Es sind alle Verpflegskostensätze in den Fürsorgeanstalten und auch in den Kranken- und Heilanstalten erhöht worden. Die Erhöhung beträgt zwischen 10 und 15 % und ist weit zurück gegenüber Erhöhungen in anderen Bundesländern. Damit soll erwiesen werden, daß das Land nicht beabsichtigt, aus den Kur- und Krankenanstalten Nutzen zu ziehen, aber wir versuchen den Standpunkt durchzusetzen, daß diese Anstalten sich selbst erhalten und nur in Sonderfällen Steuergelder zusätzlich verwendet werden sollen.

Wir haben auch noch eine zweite Sache im Finanz- und Budgetausschuß durchberaten und der Landesregierung vorgetragen, die dem zugestimmt hat, nämlich die Erhöhung des Entgeltes der Bediensteten für Naturalbezüge. Die Entschädigungen, die die Bediensteten in den Anstalten für die volle Verpflegung geleistet haben, waren nicht mehr zeitgemäß und müssen den neuen Verhältnissen angepaßt werden.

Ein besonderes Augenmerk war auch zu widmen den besonders Betroffenen, das sind die Kriegsbeschädigten, die Kriegshinterbliebenen, die Heimkehrer. Die Mittel, die schon im Voranschlag vorgesehen waren, wurden um 187.000 S erhöht. Wir sind uns darüber vollkommen klar, daß damit nicht alles getan werden kann, sondern nur das Möglichste und wir dürfen hoffen durch Maßnahmen des Bundes, daß auf dem Gebiete der Heimkehrerfürsorge entsprechende Beträge durch den Bund aufgewendet werden.

Jugend- und Gesundheitspflege, Einzelplan 5. Es sind Mehrauslagen für Jugendpflege in der Höhe von 164.500 S vorgesehen, u. zw. für den Sport, der heute ja das einzige ist, bei dem ein junger Mensch gerne mittun will 18.000 S, für die Krankenhäuser ein Mehrerfordernis von 266.300 S, dem aber Mehreinnahmen gegenüberstehen von 5.016.400 S. Diese bedeutenden Mehreinnahmen gehen vor allem darauf zurück, daß sich der Bundesminister bereit gefunden hat zuzustimmen, daß der klinische Beitrag, der nach einem Verträge aus dem Jahre 1926 vom Bundesministerium für Unterricht an die Landesverwaltung zu überweisen ist, für die Aufrechterhaltung des klinischen Betriebes an unserer Krankenanstalt Graz, für 1945 und 1946 nachgezahlt wird und für 1947 angewiesen werden wird. Es ist dies ein Betrag von 2.702.500 S. Die übrigen Einnahmen stammen aus der Erhöhung der Verpflegungsgebühren und außerdem aus den erhöhten Beträgen für die Naturalverpflegung der Bediensteten.

Sogar dem Hebammenwesen hat der Finanzausschuß sein Augenmerk zugewendet. Er wünscht, daß alt gewordene Hebammen, die ihrem Berufe nicht mehr vollwertig nachkommen können, vor den größten Sorgen des Alters geschützt werden. Dann werden sie auch bereit sein, ihren Beruf niederzulegen, so daß junge, tatkräftige, wohlausgebildete Hebammen an ihre Stelle treten können.

Einzelplan 6, Bauverwaltung, Straßenerhaltung. Ich habe schon am 3. Jänner 1947 darauf hingewiesen, daß die Straßenerhaltung eine äußerst teure Angelegenheit ist. Wir haben zusätzlich zu den Ansätzen 2.248.200 S für Straßenerhaltung der Landstraßen 1. und 2. Ordnung, der sonstigen Straßen und Güterwege. Das Erfordernis beträgt 10.341.900 S. Es wird jedermann zugeben, daß, wenn die Möglichkeit bestünde, doppelt soviel einzusetzen, es nicht zu viel wäre. Wir haben Gebiete in der Ost- und Weststeiermark, wo man allerhand zu tun findet. Aber es geht uns so wie einem sorglichen Hausvater, es geht nicht alles auf einmal. Wenn wir alle Jahre einen bestimmten Betrag einsetzen, werden wir das Straßenwesen wieder hochbringen.

Einzelplan 7, öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderungen. Die Beiträge für Wasserbauten wurden um 186.500 S, für Wildbäche um 26.600 S, für Güterwege um 200.000 S erhöht, Dinge, die notwendig erscheinen. Die Ackerkrume ist so wertvoll, daß wir nicht zusehen dürfen, wie die Wildbäche die Wiesen und Äcker überschwemmen und kostbares Land vernichten. Wir dürfen ebensowenig zuschauen, wie im Tal unten melioriert und durch Wildbäche wieder das ganze Arbeitsergebnis vernichtet wird. Zuerst müssen die Wildbäche verbaut und dann kann melioriert werden. Das ist die richtige Parole! Über die Güterwegebauten haben wir bei den Budgetberatungen des Vorjahres gehört, welche ungeheure Bedeutung diese Güterwege für die Landwirtschaft, aber auch für die Zubringung der Erzeugnisse der Landwirtschaft in die dichteren Siedlungsgebiete haben. Programmgemäß muß Jahr für Jahr auf diesem Gebiet ein Stück weitergearbeitet werden.

Auch die Landwirtschaftsförderung ist sehr bedeutend. Die Voranschlagspost hat eine Erhöhung um 290.600 S erfahren. Hier wurde im Finanz- und Budgetausschuß um jeden Betrag gerungen. Überall dort, wo der Finanzausschuß die Überzeugung gewonnen hatte, daß es notwendig ist, wurde zugestimmt, so daß auf diesem Gebiete Steiermark vorbildlich dasteht. Es weist den höchsten Förderungsbeitrag für die Landwirtschaft im ganzen Bundesgebiete aus.

Schließlich wurde auch für Fremdenverkehrsförderung ein Mehrbetrag von 52.000 S bewilligt, wobei allerdings der Beitrag, der für die weitere Erschließung der Lurgrotte bestimmt ist, miteingerechnet ist.

Einzelplan 8, Wirtschaftliche Unternehmen.

Vor allen brauchen die Landesbahnen einen Mehrzuschuß von 231.700 S. Dies ist nicht erfreulich, aber aus der Tatsache erklärlich, daß die Strom- und Kohlenkrise die Landesbahnen so hart oder noch härter getroffen hat wie die Bundesbahnen. Das bedeutet einen Einnahmenentfall wenigstens bis jetzt, für dessen Bedeckung Vorsorge getroffen werden muß.

Bei den landwirtschaftlichen Gütern haben wir eine Verbesserung durch Mehreinnahmen und Minderausgaben von 221.000 S, so daß der gesamte Abgang bei allen landwirtschaftlichen Gütern auf 244.500 S herabgesunken ist. Der feste Wille, alle landwirtschaftlichen Betriebe aktiv zu gestalten, hat hier schon sehr weitgehende Erfolge errungen und wir dürfen annehmen, daß, wenn die Kriegsschäden überwunden sein werden, dieses große Ziel, daß die Landgüter aktiv, mustergültig für alle anderen wirtschaftlichen Unternehmungen werden, auch erreicht werden wird.

Neu ist, daß wir in den Haushaltsplan die unter Repatriierung fallenden Güter, insbesondere die großen Forste aufgenommen haben. Der Vorschlag stammt von Landesrat Krainer und hat weitgehende Bedeutung. Wir hoffen, dadurch auf die spätere Verwendung dieser Güter im Lande Einfluß zu bekommen. Denn es kann uns nicht gleichgültig sein, in wessen Händen die großen Forste sind und wie sie geführt werden. Ob sich diese Hoffnungen erfüllen, kann man noch nicht sagen, aber wir werden zähe darum ringen.

Einzelplan 9, Finanzwesen, der mir eigentlich am nächsten liegt, gibt den Schlüssel zur Lösung der schwierigen Bedeckungsprobleme. Hier haben wir eine Erhöhung der Finanzzuweisungen entsprechend den Ergebnissen der Verhandlungen vom 6. Dezember 1946 im Betrage von 4.774.000 S. Hiebei hat der Finanzminister sein Versprechen erfüllt.

Neue Bedeckungsvorschläge werden den Hohen Landtag beschäftigen, u. zw. wollen wir aus* der Jagdkartengebühr ein Mehr von 100.000 S erzielen, durch Verdoppelung des Landeszuschlages zur Vergnügungssteuer, wobei aber die Hälfte den Gemeinden verbleibt, erhoffen wir uns 436.000 S, durch die Landesverwaltungsabgabe 39.000 S. Der Rest der Entschädigung des Bundes für die von ihm nicht

bewilligte Treibstoffabgabe aus 1946 beziffert sich auf 211.000 S. Die Fischerkartengebühren ergeben 25.000 S, die Landeskraftfahrzeugabgabe 800.000 S, die Landesanzeigenabgabe 200.000 S, die Ankündigungsabgabe bleibt den Gemeinden.

Außerdem kommt noch dazu der Landeszuschlag zur Grunderwerbsteuer von 200.000 S. Ich muß sagen, daß wir uns in außerordentlich bescheidenen Grenzen gehalten haben.

Wir haben alle die Überzeugung gewonnen, daß diese Bedeckungsvorschläge vor der Öffentlichkeit voll verantwortet werden können, wir haben vermieden, in die Finanzrechte der Gemeinden einzugreifen, wir haben weder die Grundsteuer noch die Gewerbesteuer belastet und wir haben noch ein drittes nicht getan, wir haben den Landeszuschlag, den wir ohne weiters erhöhen hätten können und der eine Belastung der Bezirksfürsorgeverbände ist, ebenfalls nicht erhöht, so daß die Gemeinden in ihrer Finanzgebarung in keiner Weise betroffen worden sind. Die Gesamteinnahmen aus diesen Erhöhungen sind nicht so bedeutend, das man sagen könnte, die Steuerträger der Steiermark müßten unter dem Steuerdruck des Landes ächzen und stöhnen.

Schließlich war es uns möglich, einen Überschuß aus der Gebarung des Jahres 1945 in der Höhe von 1.742.100 S als Einnahmepost im Einzelplan 9 einzusetzen. In dem Bericht zum Finanzgesetz war darauf hingewiesen, daß wir das nicht tun können, weil wir ja mit einem eventuellen Abgang des Jahres 1946 rechnen müssen. Nun hat der Herr Bundesfinanzminister sein Versprechen vom 6. Dezember v. J. eingehalten und 3,8 Millionen Schilling als Finanzausgleich für 1946 überwiesen. Wir können hoffen, damit den ungedeckten Abgang 1946 zu decken, so daß der Überschuß des Jahres 1945 tatsächlich im Jahre 1947 als Einnahme einzusetzen war.

Wenn ich nun eine Gesamtschau vornehme, ergibt sich folgendes: Das Gesamterfordernis des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsplanes hat vor der Beratung betragen 75.571.800 S, nach der Beratung beträgt es 85.792.400 S. Wenn also die Bedeckung geblieben wäre, wie wir sie im Finanzgesetz vom 3. Jänner d. J. vorgesehen haben, hätten wir einen Gesamtabgang von 33.214.100 S. Wir haben aber davon tatsächlich gedeckt durch Mehreinnahmen oder durch Minderausgaben, die durch den Finanzausschuß festgelegt wurden, einen Betrag in der Höhe von 6.244.100 S, neue Deckung durch die früher angeführten Eingänge 1.960.000 S, Maßnahmen des Finanzministers, u. zw. erhöhte Finanzausweisungen, klinische Beiträge, ermäßigte Beiträge zur Versorgung der Fortbildungsschullehrer und Deckung der Kosten für Flüchtlingsfürsorge, insgesamt eine Summe von 11.246.700 S, Überschuß aus der Gebarung 1945 1.742.100 S, so daß die Neubedeckung beträgt 21.193.900 S und daher der Endabgang nur mehr 12.020.200 S, der, wie schon erwähnt, sich vermutlich reduzieren wird auf einen Betrag von 840.700 S. Diesen werden wir durch Mehreinnahmen und Ersparungen zu decken in der Lage sein.

Von außerordentlichen Haushaltsplan ist eigentlich nicht sehr viel zu sagen. Die Änderungen sind, wie schon früher erwähnt, durch Übertragung von Kriegsschadensbehebungen aus dem ordentlichen in den außerordentlichen Haushaltsplan erfolgt, weiters durch Streichen von Ausgaben, die im Jahre 1947 nicht mehr getätigt werden können und Aufnahme von unabweislichen Erhöhungen. Es entfallen von der Gesamtausgabensumme im außerordentlichen Haushaltsplan auf die Behebung von Gebäudeschäden 1.561.800 S, auf die Behebung von Bahnschäden 401.700 S, auf die Behebung von Schäden an Straßen, Brücken und Güterwegen 6.554.000 und auf neue Bauvorhaben 3.434.200 S. Dieser letzte Betrag ist aber durch eine Zuweisung aus dem ordentlichen Haushaltsplan gedeckt, so daß durch Bundeszuweisung zu decken sein werden 8.517.500 S.

Einige Aufmerksamkeit verdienen auch die in der Beilage 3 befindlichen Wirtschaftspläne. Die Zusammenstellung der Änderungen zu beiden Haushaltsplänen, ebenfalls in dieser Vorlage, gibt Ihnen nähere Aufschlüsse zu meinen Darlegungen. Wichtig sind noch die Abänderungsanträge zum Dienstpostenplan, der in Summe eine Erhöhung von 53 Dienstposten aufweist, die teils im ersten Entwurf noch nicht eingebaut waren, obwohl die Beschlüsse dazu vorlagen, teils durch spätere Beschlüsse vorgesehen werden mußten. Eine Einschränkung des Personalaufwandes in der Zahl der Dienstposten ist ermöglicht durch die vorgeschlagene Abänderung der Übergangsbestimmungen, Punkt 8, 1. Absatz, welche Änderung ich Ihrem besonders liebevollen Studium empfehle.

Sehr aufschlußreich sind die Sammelnachweise über die persönlichen Ausgaben. Die gesamten persönlichen Ausgaben, also der Personalaufwand beträgt für die Aktiv- und Ruhestandsbezüge zusammen 23.675.300 S, ein Beweis, daß das Land ein sehr großer und bedeutsamer Arbeitgeber ist. Im Verhältnis zum Gesamtaufwand des ordentlichen Haushaltes sind das rund 32 %. Ich mache aber aufmerksam, in dieser Zahl sind nicht inbegriffen die Personalaufwendungen bei jenen Betrieben, die eigene Wirtschaftspläne aufweisen, z. B. Lokalbahnen, Landesforste und die chem.-pharm. Werke in der Krankenanstalt Graz-Ost.

Interessant ist der Sammelnachweis für Beheizung und Beleuchtung. Er weist einen Gesamtaufwand von 3.135.800 S aus, man würde es nicht für möglich halten! Es handelt sich jedoch nicht nur um die Amtsräume, sondern auch um die Anstalten, wie Krankenhäuser, Heilstätten. Der Betrag genügt aber nicht, wir haben im Einzelplan 9 unter „Besondere Verstärkungsmittel“ noch einen Betrag von 1.040.000 S zusätzlich vorgesehen, weil wir vor wenigen Wochen überrascht wurden durch bedeutende Erhöhungen der Inlands- und vor allem der Auslandskohlenpreise, die nicht nur uns, sondern auch vielen Privathaushalten schwere Sorgen machen werden.

Der Finanzausschuß hat nicht nur das Zahlenwerk der Voranschläge einer eingehenden Beratung

unterzogen, sondern auch einer Reihe von Beschlußanträgen zugestimmt, die dem Hohen Landtag zur Beratung und Beschlußfassung vorliegen. Ich halte alle für bedeutungsvoll und sehe in ihnen den lebendigen Willen zur demokratischen Durchdringung der Verwaltung. Sie werden in der Spezialdebatte zur Beratung stehen und ich behalte mir vor, auf das eine oder andere besonders zu verweisen.

Hoher Landtag! Viel Arbeit, Beratungen, Überlegungen, Verhandlungen gab es im Finanzausschusse. Trotz grundsätzlicher Gegensätze war das dauernde Bemühen vorhanden, unserem Heimatlande zu dienen. Vorherrschend war die Überlegung, wie finden wir den Weg, der dazu dient und dem alle zustimmen können. Es ist das Wesen der Demokratie, daß nicht ein Wille allein sich durchsetzen kann, sondern daß die Gesamtheit der Willensbildung sich schließlich zu einer resultierenden findet, die gewissermaßen einen mittleren Weg einnimmt, der aber in den meisten Fällen ein erfolgreicher ist und daher auch begangen werden kann.

Es wurde bei allen Beratungen, auch wenn sie hart auf hart gegangen sind, schließlich doch eine gemeinsame Linie gefunden.

Wertvolles wurde von allen Mitarbeitern hereingetragen. Mit gutem Gewissen kann ich sagen, daß beste Arbeit geleistet wurde und daß dieses einträchtige Zusammenwirken in so vielen Sitzungen Tisch an Tisch und Stuhl an Stuhl ein Bild gegeben hat, wie in einem echten demokratischen Staate gewirkt werden soll. Dieses Gesamtwerk, daß Ihnen allen nun vorliegt, soll auch ein Beispiel geben, wie in gemeinsamer Zusammenarbeit allenthalben in unserem schönen Lande Steiermark eine erfreuliche Entwicklung gewährleistet sein kann und soll. (Allgemeine Bravorufe, lebhaftes Händeklatschen.)

Landesrat Dr. Illig: Hohes Haus! Zum zweiten Male seit der Befreiung unserer Heimat versammelt sich die Landesvertretung, um ihrer vornehmsten und wichtigsten Aufgabe gerecht zu werden, den eigenen Haushalt zu bestellen, den Voranschlag zu beraten und zu beschließen. Wir alle, Hohes Haus, sind schon im Vorjahre, besonders aber die Mitglieder des Finanz- und Budgetausschusses an diese Aufgabe, wie man ohne falsche Bescheidenheit sagen kann, mit wirklicher Sorgfalt herangegangen. Für diejenigen unter uns, die schon in der Demokratie der Ersten Republik wirkten, war damit vielleicht ein lebhaftes Gefühl innerer Ergriffenheit verbunden, nämlich das erhebende Gefühl, nach jahrelanger erzwungener Pause wieder mitarbeiten zu können an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten, wovon uns die Diktatur ausgeschlossen hatte, wie sie ja das ganze Volk ausgeschlossen hat, mit dem großsprecherischen und größenwahnsinnigen Anspruch, ein einziger Mensch, ein sogenannter Führer, könne aus sich allein heraus alles tausendmal besser können und wissen, als das ganze Volk oder gar als die sogenannten Parlamentarier, die nach Ansicht dieser Leute nur dazu da waren, zum Gaudium oder Mißvergnügen der Bevölkerung

eine sogenannte Schwatzbude zu füllen. Die Doktrin, man könne ohne das Volk und vielleicht sogar gegen das Volk trotzdem für das Volk wirken, die sich der Hitlerismus zu eigen gemacht hat, hat er vom italienischen Faschismus übernommen, der bekanntlich offiziell verkündet hat: „Alles für das Volk, aber nichts durch das Volk“, eine fadenscheinige Ausrede und der Versuch einer fadenscheinigen Rechtfertigung für den Cäsarenwahn und den Größenwahn eigener Vollkommenheit. Ich glaube, das gilt für alle Diktaturen nicht nur der Vergangenheit, sondern auch der Gegenwart, für alle Diktaturen jeder Couleurs. Der Freiheitsdrang der Menschen und der Menschheit läßt sich wohl zeitweise unterdrücken, aber niemals dauernd und keine Diktatur und keine Gewaltherrschaft in der Geschichte hat bisher wirklich dauernden Bestand gehabt. Wohl aber hat bisher jede Diktatur bei ihrem Abtritt ein Trümmerfeld hinterlassen, welches aufzuräumen dann in der Regel die viel gelästerte Demokratie gut genug war. Ein solches Trümmerfeld hat uns auch der Hitlerismus hinterlassen, der auszog, um ein Volk zu beglücken und der eine Welt an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Auch Österreich hat er als solches Trümmerfeld hinterlassen, er hat den Großteil unserer blühenden Jugend dahingerafft und er hat uns ausgeplündert, und zwar nicht nur erst im Kriege, sondern vom ersten Tage an, an dem er in dieses Land einmarschierte. Und die Männer, die behaupteten und versprachen, aus Österreich einen blühenden Garten zu machen, haben als eine ihrer ersten Tathandlungen sich unseres Goldschatzes bemächtigt und uns dafür Milliarden Papiermark hinterlassen. Unsere Produktion war beim Zusammenbruch des Hitlerregimes, auch soweit sie nicht schon durch den Krieg zerstört war, stillgelegt.

Vor dieser Situation befand sich die österreichische Bundesregierung und die Landesregierung, als sie nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes die Leitung der Geschicke Österreichs bzw. unseres Landes zu übernehmen hatte und vor dieser Situation stand auch im Vorjahre die steirische Landesvertretung, als sie anlässlich der ersten Budgetberatung sich erstmalig mit dem unlösbar scheinenden Problem des Wiederaufbaues zu beschäftigen hatte. Das Land mit seiner ebenfalls vom Naziregime weitgehend beseitigten finanziellen Autonomie soll und sollte ungeheure, immer mehr sich steigernde Ansprüche erfüllen. Es war schon der erste Voranschlag des Vorjahres ein getreues Spiegelbild der wirtschaftlichen Gesamtsituation des Landes und in noch weit höherem Ausmaß trifft dies vom jetzigen Voranschlag zu, mit dem wir uns heute zu beschäftigen haben.

Die Bedürfnisse sind ungeheuer gewachsen, die Löhne und Preise sind gestiegen und sind im weiteren Ansteigen begriffen. Die Ansprüche, die aus allen Kreisen der Bevölkerung an das Land herangetragen werden, wachsen in jenem Ausmaß, in welchem sich allmählich die Verhältnisse normal gestalten und in welchem man glaubt, jetzt schon friedensmäßige

Ansprüche an das Land stellen zu können. Die Verantwortung derer, die sich unter diesen Verhältnissen jetzt mit dem Budget zu beschäftigen haben, die darüber zu entscheiden haben, wie diese Geldmittel zu verwenden und zu verbrauchen sind, ist gegenüber den früheren Tagen ungeheuer gestiegen. Hat es vielleicht in der Zeit der Ersten Republik manchenmal keine Rolle gespielt, ob einige 100.000 S für diesen oder jenen wirtschaftlichen Zweck Verwendung wurden, ist das heute eine subtile Angelegenheit, die Dringlichkeit des Bedarfes muß eingehend geprüft, alles aufs sorgfältigste erwogen werden, bis man sich zu einer solchen Entscheidung entschließen kann. Es ist heute schon festgestellt worden, daß sich der Finanz- und Budgetausschuß des Landtages dieser Verantwortung voll und ganz bewußt war. Während es zum Beispiel der Finanzausschuß im Vorjahre nur auf 25 Sitzungen gebracht hat, hat er heuer, wie schon erwähnt, 38 vier-, fünf- und sechsstündige Sitzungen abgehalten und hat zu seinen Beratungen die Zeit vom 21. Jänner bis 21. März, also volle zwei Monate benötigt. Der Ausschuß hat unserem wackeren Finanzreferenten und auch den übrigen Mitgliedern der Landesregierung, die dort als Referenten ihre Kapitel zu vertreten hatten, wahrlich nichts erspart, das kann man sagen. Es ist bis in das einzelne gegangen worden, jede Ziffer wurde untersucht, jeder einzelne Unterhaushaltsplan, jeder Wirtschaftsplan, jede einzelne Post, der Herr Finanzreferent und die einzelnen Referenten wurden befragt, warum zum Beispiel in dieser Landesanstalt eine Kuh um 1800 S gekauft wird, während in einer anderen Landesanstalt man glaubt, eine Kuh um 1400 S erwerben zu können.

Solchen Einzelheiten wurde nachgegangen, alle Fehlerquellen aufgedeckt, die entsprechenden Anträge gestellt und Beschlüsse gefaßt, um diese Fehlerquellen für die Zukunft auszuschalten. Der Ausschuß hat auch schließlich die Frage der Bedeckung mit besonderer Sorgfalt erhoben und geprüft. Er hat alle gangbaren Wege beschritten, um den Abgang ohne Drosselung unserer Verpflichtungen auf dem Gebiete der Fürsorge, der Jugendpflege, des Gesundheitswesens, der landwirtschaftlichen Förderung, der Gewerbeförderung, der Förderung des Fremdenverkehrs usw. herabzudrücken. Er hat es sogar zustande gebracht, daß in vielen Sparten des Budgets eine bedeutende Erweiterung der Aufgaben des Landes vorgenommen werden kann. Eine Reihe dieser Maßnahmen des Finanzausschusses hat dann zu dem schon geschilderten greifbaren Erfolg geführt. Zusammenfassend muß das recht deutlich hervorgehoben werden: Das Land Steiermark wird im Jahre 1947 um 30½ Millionen mehr für den Wiederaufbau, für Zwecke der Fürsorge, der Jugend- und Gesundheitspflege verwenden als im Jahre 1946 und trotzdem beträgt die Mehrbelastung, die von Seiten des Landes der steirischen Bevölkerung auferlegt werden muß, nur 2½ Millionen. 30½ Millionen mehr geben wir aus und nur 2½ Millionen mehr müssen wir an direkten Landessteuern von der Bevölkerung einheben. Dieses Kunststück hat der Landesfinanzaus-

schuß eben dadurch zustande gebracht, daß er einerseits alle gangbaren Wege beschritten hat, um in den landeseigenen Anstalten eine bessere Gebarung herbeizuführen, und andererseits beim Finanzministerium in Wien die schon erwähnten beachtlichen Erfolge erzielt hat. Als der Herr Finanzreferent am 21. Jänner d. J. dem Finanzausschuß den ursprünglichen Voranschlag vorlegte, da bot uns dieser ein weitaus düsteres Bild als heute. Bei einem Gesamtaufwand von rund 75 Millionen Schilling war ein Abgang von 23 Millionen Schilling präliminiert und es war völlig unklar, wie dieser Abgang bedeckt werden sollte. Es wurden daher auch von Seite des Finanzreferenten schon von Anfang an gewisse Steuerpläne zur Diskussion gestellt. Es wurde angeregt, einen Zuschlag zur Gewerbesteuer einzuheben. Ferner wurde angeregt, einen Zuschlag zur Grundsteuer einzuheben und schließlich hat man die Frage einer Landes-Elektrizitätsabgabe eingehend besprochen.

Nun, Hoher Landtag, die ÖVP und ich persönlich als ihr Sprecher im Finanzausschuß, wir haben von Anfang an eine optimistische Haltung an den Tag gelegt und mein Optimismus wurde von den Mitgliedern der anderen Parteien oftmals ziemlich geringschätzig und als unbegründet hingestellt. Viele der Herren konnten meinen Optimismus nicht teilen. Ich war aber von Anfang an der Ansicht, daß schon die Ansätze des Herrn Finanzreferenten, die er uns vorgelegt hat, ein bißchen zu pessimistisch gefärbt waren. Er hat selbst einen solchen Punkt bereits erwähnt, indem er meinte, daß der Überschuß des Jahres 1945 von rund 1·7 Millionen nicht zur Bedeckung des Abganges des heurigen Jahres herangezogen werden könnte, weil man noch befürchten müsse, damit den Abgang des Jahres 1946 zu decken. Ich habe schon damals hervorgehoben, daß ich erstens an einen Abgang des Jahres 1946 nicht recht glauben kann und daß wir zweitens doch auf die ausständigen Zuweisungen von Seite des Bundes hoffen können. Jedenfalls haben wir mit unserem Optimismus diesbezüglich recht behalten und nicht nur diesbezüglich, denn wir haben auch vornherein Wege aufgezeigt, wie die Situation dieses Budgets verbessert werden kann. Wir haben uns dafür eingesetzt, daß gewisse Gebühren und Verpflegssätze in den steirischen Anstalten reguliert werden und ich glaube, wenn man den Verpflegskostensatz eines Bediensteten in den Landesanstalten von S 1·80 auf S 2— erhöht, so gehört dazu nicht einmal der Mut, eine unpopuläre Sache zu vertreten, sondern nur der Mut, eine durchaus gerechte und billige Forderung zu stellen, denn um 2 S wird sich kaum jemand anderweitig verpflegen können. Die ÖVP hat aber im Finanzausschuß von Anfang an auch erklärt, daß heuer endlich einmal das grobe Unrecht gutgemacht werden muß, das darin lag, daß wir von Seite des Bundesministeriums für Finanzen vollkommen gleich und linear wie alle anderen Bundesländer bei den sogenannten Finanzzuweisungen behandelt werden. Die Tatsache, daß diese Finanzzuweisungen des Bundes so geplant waren, daß jedes Land Österreichs

dasselbe bekommt, was es in der Nazizeit erhalten hat, ohne Rücksicht darauf, ob das eine oder das andere Bundesland mehr oder weniger vom Kriegsgeschehen betroffen worden ist, diese lineare Behandlung war einfach untragbar. Wir haben daher darauf gedrungen, daß dieses Unrecht endlich einmal beseitigt werden muß und wir haben unserem Herrn Finanzreferenten mit Erfolg klar gemacht, daß er sich jedenfalls in Wien besser durchsetzen wird, wenn er nicht allein nur als Finanzreferent oder vielleicht nur als Vertreter der SPÖ fährt, sondern wenn eine Abordnung beider Parteien sich nach Wien begibt und der Herr Finanzminister den Eindruck gewinnt, daß es wirklich der einmütige und unumstößliche Wille des gesamten Steiermärkischen Landtages ist, daß dieses Unrecht beseitigt werden muß. Diese fünf Vertreter des Landtages haben dann nach einer fünfstündigen Konferenz mit dem Herrn Finanzminister diesmal den beachtlichen Erfolg nach Hause gebracht, von dem der Herr Finanzreferent schon berichtet hat. In den verschiedenen Posten des Budgets finden Sie den Erfolg dieser Wiener Unterredung. Niedergelegt ist er z. B. im klinischen Beitrag, den uns der Bund mehrere Jahre schuldig blieb, d. h. die Entschädigung für das Land Steiermark dafür, daß das Landeskrankenhaus der Unterrichtsverwaltung des Bundes für den klinischen Lehrbetrieb zur Verfügung steht; oder die 3 Millionen Aufwand rund gerechnet für die Befürsorgung der Ausländer und Flüchtlinge, die unsere Landesanstalten bevölkern, die nun endlich auch der Bund zu seinen Lasten übernommen hat. Es ist auch schon erwähnt worden, daß wir mit Bestimmtheit darauf hoffen können, daß für die Beseitigung der Kriegsschäden an Straßen und Brücken in der Oststeiermark sowie für die Beseitigung der Kriegsschäden an den landeseigenen Gebäuden ein entsprechender Beitrag geleistet wird.

Jedenfalls hat die Tätigkeit des Finanzausschusses in diesen zwei Monaten das Ergebnis gezeitigt, daß der ursprüngliche Voranschlag völlig umgekrempelt worden ist. Ich glaube, es war seit dem Jahre 1919 noch nicht da in der Geschichte der Landesverwaltung, daß ein Voranschlagsentwurf durch Beratungen des Finanzausschusses ein so völlig anderes Gesicht erhalten hat, wie diesmal.

Hohes Haus! Unser Optimismus, den ich früher erwähnt habe, hat uns auch im Finanzausschuß von Anfang an den Mut gegeben, gegen gewisse Streichungen in den verschiedenen Kapiteln des Budgets Stellung zu nehmen und zu verlangen, daß diese Streichungen, die der Finanzreferent gegenüber den Anträgen der verschiedenen Referenten der Landesregierung vorgenommen hat, wieder beseitigt werden und daß im Gegenteil sogar verschiedene Ansätze noch eine Erhöhung erfahren dort, wo wir es im Interesse der Wirtschaft für unumgänglich notwendig erachtet haben. So konnten wir vor allem gewisse Ansätze im Kapitel Förderung der Land- und Forstwirtschaft nicht zur Kenntnis nehmen. Der Herr Finanzreferent hat nachgewiesen oder den Versuch des Nachweises gemacht (Landesrat Horvatek: Es

ist nachgewiesen!), daß die Förderung der Land- und Forstwirtschaft in Steiermark ohnedies besser bedacht ist, als in den meisten anderen Bundesländern. Wenn es richtig ist, daß wir eben fortschrittlicher waren, könnte uns das natürlich nicht daran hindern, noch fortschrittlicher zu sein und noch Verbesserungen in diesem Kapitel zu verlangen, aus der Erkenntnis heraus, daß alles, was wir zur Förderung der Landwirtschaft tun, doch unmittelbar der gesamten Bevölkerung zugute kommt, daß die Steigerung der Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft heute, wo die miese Ernährungslage das Um und Auf aller Diskussionen ist, heute mehr denn je betrieben werden muß. Es ist zwar einmal bei einer Diskussion im Finanzausschuß von einem der Vertreter der Linken gesagt worden anläßlich eines Kredites für die Selbsthaftmachung des landwirtschaftlichen Personals, daß diese Förderungsmaßnahme des Landes nicht etwa auch zu einer Wertvermehrung für den Bauernhof, also für den landwirtschaftlichen Besitzer führen dürfe. Ich glaube, daß der Verfechter dieser These seither selbst die mangelnde Logik dieser Behauptung eingesehen haben wird. Alles, was wir hier beschließen, ist doch letzten Endes dazu bestimmt, irgendwie wertvermehrend zu wirken und wenn wir eine Straße bauen, wirkt sie selbstverständlich für den Bauern, der mit seinem Hof an dieser Straße liegt, wertvermehrend, bessert die Verkehrslage, weil er in normalen Zeiten, wo er wieder Absatzschwierigkeiten haben wird, seine Produkte schneller und bequemer zum Markte bringen kann. Alles das, was wir hier in unserem Landesbudget bringen, wirkt für irgend jemand wertvermehrend. Diese Maßnahme hat für die eine Gruppe, andere Maßnahmen haben für die andere Gruppe Wert. Sinn und Zweck jeder Volkswirtschaft ist doch — darin sind sich alle Lehrer der Nationalökonomie aller Zeiten einig — den Wohlstand einer möglichst großen Anzahl von Staatsbürgern zu heben. Wir wollen wertvermehrend für alle wirken, das ist unsere Aufgabe, das ist das Ziel und der Zweck der Beratung und Beschlußfassung über unseren Voranschlag. Auf diese Weise haben wir also die landwirtschaftlichen Förderungskredite von 1½ Millionen Schilling noch zusätzlich um 340.000 S erhöhen können. Das gleiche gilt für das Verkehrswesen. Besonders unsere Landstraßen sind ein Schmerzenskind der Steirischen Landesverwaltung. Die Ursache liegt in der verhältnismäßigen Dichte des Verkehrsnetzes in der Süd- und Oststeiermark. Es ist eine große Anzahl von Straßenkilometern, die zu betreuen sind. Dazu kommt die jahrelange Verwahrlosung der Straßen während des Hitlerregimes, schließlich die ungeheuren Kriegsschäden an Straßen und Brücken, die durch den Rückzug der deutschen Truppen und den Einmarsch der fremden Besatzungsmächte und die fortdauernde Benützung durch die Besatzungsmächte erwachsen sind. Eine durchgreifende Wiederherstellung unseres Straßennetzes ist eine unerläßliche Voraussetzung für einen wirklichen Wiederaufbau und später auch eine Hoffnungspost für unsere Zukunft, für eine Förderung des

Fremdenverkehrs. Die ÖVP, in deren Händen dieses wichtige Referat sich befindet, hat daher durch den Landeshauptmannstellvertreter Udier diesem Zweig ihre besondere Sorgfalt angedeihen lassen. Es ist Landeshauptmannstellvertreter Udier gelungen, vom Bund die Zusicherung zu erhalten, daß eine Reihe wichtiger Straßenzüge als Bundesstraßen in die Verwaltung des Bundes übernommen werden. Er hat aber auch für die uns verbleibenden Landesstraßen großzügige Projekte für Ausbau und Instandhaltung ausarbeiten lassen, und ich glaube, unseren wackeren Herrn Finanzreferenten, Landesrat Horvatek, sind wahrscheinlich die Haare zu Berge gestiegen, als er die Anforderungen des Straßenbaureferates erstmalig erblickte und er dann noch während der Beratungen in Finanzausschuß sehen mußte, daß es noch weiterhin solche Erhöhungsanträge von Seiten des Referates, selbst aber auch von verschiedenen Abgeordneten hereingeregnet hat. Schon im ursprünglichen Voranschlag waren 15½ Millionen Schilling für die Wiederherstellung und Instandsetzung und den weiteren Ausbau unserer Landstraßen vorgesehen und durch weitere Anträge des Referates Udier und auch der ÖVP hat sich diese Summe auf 19½ Millionen Schilling im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt erhöht. Der Entschluß des Landes, bei einem Budget von rund 85 Millionen Schilling 20 Millionen Schilling nur für Straßen auszugeben, kann sich wirklich sehen lassen. Das zeigt, daß hier im Lande ein wirklicher Aufbauwille herrscht, da man so beträchtliche Mittel trotz der Angespanntheit unserer finanziellen Lage für diese Zwecke auswirft. Es ist vielleicht möglich, daß manches von dem, was für heuer geplant ist, nicht durchgeführt werden kann, weil ja die Schwierigkeiten enorm sind, vor allem in der Materialbeschaffung, in der Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte, Transportmittel, Treibstoff usw. Alles das wird uns vielleicht Hindernisse bereiten, aber wir hoffen, daß der größte Teil dieses Programmes heuer wird durchgeführt werden können, wobei zu bemerken ist, daß dieses heurige Aufbauprogramm nur eine Rate eines Fünfjahresplanes ist, nach dem dann dieser Ausbau fortgesetzt werden soll. Aus den hier dem Hohen Hause vorliegenden Beschlußanträgen des Finanzausschusses ist zu ersehen, für welche wichtigen Straßenzüge sich unsere Abgeordneten der ÖVP zusätzlich im Finanzausschuß eingesetzt haben. Es waren da unter anderem die wichtigen Straßenzüge Graz—Kirchbach, Bruck—Tragöß, Brunn—Oberlamm—Unterlamm, Lindegg—Loimeth, Lembach—Stang, Feldbach—Gleichenberg, der Ausbau des Straßenzuges Vorau—Kreuzwirt, durch welchen die Verbindung von Vorau nach Graz um 35 km verkürzt werden soll und nicht zuletzt die Sobother Straße, ein Antrag, für den sich unser Kollege Smolana besonders wacker eingesetzt hat. Bei Erwähnung eben dieser Sobother Straße, Hohes Haus, kann ich nicht umhin, ein besonders heiteres Zwischenspiel zu vermerken: Der Sobother Güterweg ist bekanntlich im Jahre 1937 fertiggestellt worden. Am 7. Februar des heurigen Jahres hat der

Herr Kollege Smolana von der ÖVP im Finanzausschuß weitere Mittel für diesen Sobother Güterweg beantragt und angeregt, daß er als Landesstraße übernommen werden soll. Das rührende Bekenntnis der Sobother Bevölkerung, die ja in einem ganz abgesperrten Winkel leben muß, zu Österreich anlässlich der Forderungen, die Jugoslawien gegen uns erhoben hat, hat auch den Herrn Kollegen Landesrat Krainger veranlaßt, mit dem Herrn Kollegen Landesrat Oberzaucher dieses Grenzgebiet zu bereisen und der Bevölkerung dort neuen Mut einzuflößen und sie in ihrem Bekenntnis zu Österreich zu bestärken. Wir haben uns auch, wie schon erwähnt, auf Anregung des Herrn Abg. Smolana neuerlich dieser Sobother Straße angenommen. Unmittelbar nach dieser Sitzung am 7. Februar habe ich dann als Leiter des Landeswirtschaftsamtes die Weisung gegeben, daß sämtliche Schulkinder der Gemeinden Soboth-Laken je ein Paar neue Schuhe zugeteilt erhielten. (Starker Beifall rechts.) Nun, Hohes Haus, das hat sich am 7. Februar abgespielt. Am 12. Februar aber las man in der „Wahrheit“ einen Leitartikel mit der Überschrift „Soboth“. Die „Wahrheit“ entdeckte ihr Herz für die Sobother Bevölkerung, ließ einen flammenden Aufruf los und stellte die Übernahme des Sobother Güterweges als Landesstraße und die Verteilung von Schuhen an die Schulkinder von Soboth-Laken als kommunistisches Postulat auf. (Heiterkeit rechts.) Alles post festum, Hohes Haus, und mit jener wirklich erfrischenden, uns schon hinlänglich bekannten Unverfrorenheit, mit welcher diese Presse die Ideen und die Arbeit anderer Leute für sich beansprucht. Vom Gesichtspunkt der KP-Presse ist das menschlich verständlich. Sie denken sich, wenn nur zehn Prozent der Leser diese Verdrehung „fressen und hinunterschlucken“, das hat auch schon einen Wert. Die zehn Prozent werden dann wenigstens sagen: „Da schaut's her, was die Kommunisten für das verlassene Soboth getan haben, das sind Kampeln, da müssen wir uns anhalten“! (Händeklatschen, Heiterkeit.) Es ist die gleich erfrischende Unverfrorenheit, mit der z. B. der Herr KP-Genosse Primus Unterweger die weihnachtlichen Schweinsschnitzel und jetzt die zwei Ostereier als Verdienst für sich in Anspruch genommen hat, wie auf dem KP-Parteitag dem stauenden Volke feierlich verkündet wurde. (Gelächter rechts.) Ja, es ist zwar nicht wahr, daß das ein Verdienst des Herrn Primus Unterweger war, aber es macht nichts, eine Anzahl von Leuten wird doch sagen: „Hoch unser Schnitzel- und Ostereier-Primus Unterweger, ohne ihn hätten wir alle miteinander nichts mehr zu essen!“

Aber, Hohes Haus! Lassen Sie mich nach dieser mir notwendig erscheinenden politischen Abschweifung wieder zum Thema zurückkommen: Die Frage, des Ausbaues der Güterwege ist eine brennende. Die Güterwege sind dazu da, um bestimmte landwirtschaftliche Gebiete, die sonst von jedem Verkehr abgeschnitten sind, dem Verkehr erst zu erschließen, der Land- und Forstwirtschaft die Bringung ihrer Produkte erst zu ermöglichen. Das Referat Hol-

lersbacher hat nicht weniger als 94 solcher Projekte für Güterwege ausgearbeitet, der Kredit hierfür wurde im heurigen Jahr im Finanzausschuß auf unseren Antrag von 300.000 S auf 500.000 S erhöht. Dabei ist wichtig, zu bemerken, daß das Land nur ein Viertel des Aufwandes für Güterwege zu bestreiten hat, der übrige Aufwand wird aus Bundesmitteln und aus Beiträgen der Interessenten bestritten, so daß also im heurigen Jahr für den Ausbau und die Instandhaltung von Güterwegen nicht weniger als 2 Millionen Schilling zur Verfügung stehen werden, ein Betrag, der zu den früher erwähnten 20 Millionen Schilling für Straßen noch dazu kommt. Besonderes Augenmerk haben wir auch der Frage der Meliorationen und Flußregulierungen zugewendet. Für Ent- und Bewässerungen sind 250.000 S im Budget eingesetzt. Die Budgetpost für Flußregulierungen wurde auf unseren Antrag von 413.000 S auf 600.000 S erhöht. Der Herr Abg. Egger hat einen Resolutionsantrag vorgelegt, den der Finanzausschuß angenommen hat und durch welchen die Bundesregierung eingeladen wird, zugleich mit der Landesregierung ein großzügiges Projekt einer Entwässerung des Ennstales auszuarbeiten.

Was mein eigenes Referat anlangt, Hohes Haus, habe ich, wie schon der Herr Landesrat Horvatek angeführt hat, mein besonderes Augenmerk auf die Frage der Förderung des Fremdenverkehrs gerichtet. Es ist vor allem mein Bestreben, der falschen Auffassung entgegenzutreten, man könne aus dem momentanen Fehlen des Fremdenverkehrs auf eine Entbehrlichkeit des Fremdenverkehrs schließen. Das ist natürlich grundfalsch. Natürlich können wir heute noch keinen Fremdenverkehr haben, wie wir ihn in der Zeit der Ersten Republik gewöhnt waren, weil gewisse Voraussetzungen noch fehlen, wir müssen aber für die Zukunft gerüstet sein. Wenn wir uns mit dieser Frage erst beschäftigen, wenn der Fremde schon an unsere Türe klopft, dann ist es zu spät. Denn während wir uns lange überlegen, rüsten andere Staaten und andere Bundesländer Österreichs fieberhaft, um sich für den Fremdenverkehr vorzubereiten. Ich habe daher den Finanzausschuß gebeten, daß er mir den Kredit von 70.000 auf 132.000 S erhöht und der Finanzausschuß hat meiner Bitte Rechnung getragen, damit ich ein Fremdenverkehrsamt und in Verbindung damit ein Landes-Reisebüro errichten, somit die Grundlage für den Fremdenverkehr schaffen kann. Wenn dann der Fremde an unsere Tür klopfen wird, wird er auch alles vorfinden, was er braucht und wird nicht genötigt sein, Österreich zu umfahren und sich anderen Ländern zuzuwenden. Österreich wird ohne Fremdenverkehr nicht leben können. In der Ersten Republik brachte der Fremdenverkehr jährlich 250 bis 300 Millionen Schilling ins Land. Es wird auch wieder eine Zeit kommen, glaube ich, wo auch die Bauern am Fremdenverkehr interessiert sein werden. Augenblicklich werden ihnen ihre Produkte ja aus der Hand gerissen, aber es hat Zeiten gegeben, wo es eine Absatzkrise in der Landwirtschaft gegeben hat und es ist leicht möglich, daß wieder einmal

eine solche Zeit kommt und daß wir einen Zusatzkonsumenten im Fremden nötig brauchen.

An einzelnen Maßnahmen sind außer der Errichtung dieses Landes-Reisebüros, welches eine Interessengemeinschaft mit dem Österreichischen Verkehrsbüro schon eingegangen ist geplant: Eine Seilschwebebahn auf den Schöckel, in Verbindung damit der Ausbau des großartigen Höhlensystems der Lurgrotte Peggau—Semriach in einer Länge von 7 km, der schon voll in Angriff genommen ist — es wird dort fleißig gearbeitet — und der, wie ich hoffe, bis zum Ende des Jahres 1948 beendet sein wird. Da die Adelsberger Grotte durch Kriegseinwirkungen weitgehend zerstört ist — die Nazis hatten dort ein Munitionsmagazin untergebracht, welches von den Partisanen in die Luft gesprengt wurde —, ist unser großartiges Höhlensystem der Lurgrotte in ganz Europa beinahe konkurrenzlos und wird nach einem entsprechenden Ausbau eine Attraktion ersten Ranges auch für den internationalen Reisenden bilden. Die schweizerisch-österreichische Hotelbauaktion wird nun endlich ins Rollen kommen. Am Samstag abends, als ich mich endlich zu meinem Nachtmahl begeben wollte, erzielte mich die Nachricht, daß der Vertreter der Schweizer Gruppe, Herr Dolder aus Zürich, in einer halben Stunde in Graz eintreffen und mit mir konferieren wird; er ist auch tatsächlich gekommen und zusammen mit meinen Fachleuten haben wir eine mehrstündige Konferenz abgehalten. Ich habe auch den gestrigen Sonntag geopfert, um gegenüber dem Herrn Dolder den Fremdenführer zu spielen. Ich habe das Museum aufsperrn lassen, habe ihm die gotische Wendeltreppe in der Burg, unsere „Bruegel“ und „Lukas Cranach“ gezeigt und er war von Graz und Steiermark sehr begeistert. Diese Konferenz mit Herrn Dolder war für mich ungeheuer aufschlußreich, sie hat mir gezeigt, was wir noch von der Schweiz lernen können, wie weit uns die reiche Schweiz mit ihren Planungen voraus ist. Herr Dolder hat gesagt: Der Krieg hat uns in der Schweiz vollkommen verschont, uns geht es heute gut, aber trotzdem haben wir hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung Sorgen. In Amerika bereitet sich ein Stau eines reiselustigen Publikums vor, welches seit 10 Jahren nicht mehr reisen konnte, die Leute wollen ihr Geld anbringen. Wenn aber die Schweiz eine Insel der Glückseligkeit im einem europäischen Trümmerhaufen bleibt, dann wird die Schweiz allein zu klein und zu eng sein, um diesen amerikanischen Reiestrom aufzunehmen. Wir müssen, sagte der Herr Dolder, für diesen zu erwartenden Reiestrom ein breiteres und größeres Glacis vorbereiten, als es die Schweiz allein jemals sein kann. Diese amerikanischen Reisenden lieben es, in einem uns unbekanntem und ungeahnten Tempo zu reisen. Dieser Reisende will mittags am Jungfraugletscher essen, am Abend tanzt er unten im Tale, am nächsten Tage ist er in Zürich, am übernächsten Tage in Innsbruck, dann in Wien, Venedig, am fünften Tage in Rom, 1 Minute steht er vor der Peterskirche, macht eine photographische

Aufnahme, wieder eine, wie Gandhi Salz schöpft und fährt wieder weiter. Wir müssen da ein größeres Gebiet schaffen, damit wir diese Amerikaner zu uns herüberziehen, durch Europa eine Reihe von Stützpunkten legen durch sogenannte standardisierte Passantenhotels. Die Schweiz plant solche standardisierte Passantenhotels in einer Reihe von schweizerischen Orten zu errichten und sie wünscht, daß auch wir in Österreich in den Landeshauptstädten Wien, Linz, Salzburg, Graz und Klagenfurt solche standardisierte Hotels errichten, welche sehr komfortabel, sehr modern, aber billig und rationell gebaut sind, weil die gesamte Planung und Erbauung dieser Hotels von Anfang an nach einheitlichen Grundlagen erfolgen soll. Wenn wir diesen amerikanischen Strom durch Europa hindurchschleusen, macht es uns nichts, wenn der Fremde in diesen Hotels nur zwei Tage bleibt, sein Nachfolger wird wieder zwei Tage bleiben usw. Außerhalb der Saison werden wir froh sein, für den Inlandreiseverkehr ein neues, gutes Haus zu haben. Jetzt kommt das Wichtigste: Die Schweiz ist auch bereit, uns jene Ausrüstungsartikel für diese Hotels, die standardisierten Installationseinrichtungen, Möbelstoffe u. dgl., die wir derzeit noch nicht herstellen können, auf Schweizer Kredit zu verschaffen. Wir werden diese Kredite mit den Deviseneingängen in diesen Hotels abzahlen können. Herr Dolder hat abschließend gesagt: „Wir sind Realisten, wir Schweizer, wir machen das nicht um der schönen Augen der Österreicher willen, wir wollen verdienen, aber wir glauben, besser verdienen zu können, wenn wir Sie mitverdienen lassen an diesem großen Plan der Reisetour der Amerikaner durch Europa.“ Ich bin mit ihm grundsätzlich einig geworden, Innsbruck, Linz und Salzburg wird auch dasselbe machen. Ich habe ihn für Graz begeistern können, er wird seinen nächsten Urlaub in Graz verbringen, er hat uns in die Schweiz eingeladen, er hat uns eingeladen in Zürich die Besprechungen fortzusetzen. Er wird in Künster der Schönheit unserer Stadt in der Schweiz sein. Besonders begeistert war er von den Kunst- und Kulturschätzen in unseren Museen. Ich habe daraus wieder gesehen, wie wichtig es ist, daß wir auch für dieses Kapitel der Landesverwaltung trotz der Not der Zeit erkleckliche Summen aufwenden. Wir haben in unserem Budget für das Landesmuseum Joanneum, Volkskundemuseum, Barockmuseum Schloß Eggenberg, Landesarchiv und Landesbibliothek rund 1 Million Schilling eingesetzt. Wir haben auch für die städtischen Bühnen, für das Landestheater, für das Künstlerhaus Beträge beschlossen. Wir haben uns oft gefragt, dürfen wir das in einer Zeit, wo wir noch von Ruinen umgeben sind, wo kaum 1500 Kalorien der Bevölkerung zur Verfügung stehen? Ja, wir dürfen es. Wir dürfen es nicht nur deshalb, weil wir diese Dinge unserer späteren Belebung der Wirtschaft dienstbar machen können, sondern wir dürfen es auch deshalb, weil ich glaube, daß ein Leben, das nur aus Schlaf, Arbeit und schlechter Ernährung besteht, auf die Dauer nicht mehr lebenswert wäre und wir daher verpflichtet

und berechtigt sind, für diese Kulturbedürfnisse trotz der Not der Zeit erhebliche Summen auszugeben.

Es ist schon erwähnt worden, welche sonstige große Aufwendungen im Voranschlag für andere Aufgaben des Landes vorgesehen sind. Für die KZler werden wie im Vorjahre 300.000 S aufgewendet, für die Kriegsbeschädigten 112.000 S statt 50.000 S im Vorjahre. Gleichzeitig wird ihr Einkommen, das Einkommen des Kriegsbeschädigtenverbandes gewissermaßen gesetzlich gesichert dadurch, daß sie am Landeszuschlag zur Lustbarkeitsabgabe prozentuell beteiligt werden sollen. Für Fürsorgezwecke sind rund 13 Millionen Schilling im Budget aufgenommen, für Gesundheits- und Jugendpflege rund 20 Millionen Schilling, gewiß höchst beachtliche Leistungen des Landes.

Zur Frage der Bedeckung möchte ich wiederholen, daß es ein wirkliches Kunststück des Finanzausschusses war, diese 30% Millionen Mehrausgaben im heurigen Jahr zu ermöglichen und dabei die Bevölkerung nur mit 2½ Millionen Schilling neuen Steuern zu belasten. Diese neuen Steuern sind, wie ich glaube, aber vor jedermann vertretbar.

Eine Kraftfahrzeugabgabe von nur 800.000 S bei einem Aufwand für Straßen von 20.000.000 S kann man vor jedermann vertreten. Dazu kommt noch, daß der Bund für die Bundesstraßen und die Gemeinden für die Gemeindestraßen erhebliche Summen auslegen, so daß die Benützer unserer Straßen wirklich nur einen winzigen Bruchteil durch diese Kraftfahrzeugabgabe unmittelbar abtragen. Wenn z. B. ein Personenkraftwagen bis 1½ t Inhalt im ganzen Jahr 72 S Kraftfahrzeugabgabe bezahlen wird oder ein Lastwagen von 1½ t 36 S im Jahr, dann muß man wirklich sagen, daß der Landesfiskus bescheiden und schonend vorgegangen ist. Einen Landeszuschlag zur Übertragungsgebühr von Liegenschaften werden wir beschließen im Ausmaß von 1 Prozent des Veräußerungspreises der Liegenschaften. Auch dies ist eine durchaus vertretbare Sache, überdies keine neue Gelegenheit, denn einen Landeszuschlag zu den Bundesübertragungsgebühren hat es ja schon immer gegeben und ich glaube, daß derjenige, der unter den heutigen Verhältnissen ein Haus erwerben kann, das als einen derartigen Glücksfall betrachten wird, daß er mit Vergnügen für das allgemeine Wohl 1 Prozent dieses Kaufpreises opfern kann. Eine neuerliche Erhöhung der Lustbarkeitsabgabe halte ich ebenfalls für berechtigt. Die bisherige Erhöhung der Kinokarten von 20 bis 30 Groschen pro Karte hat das Publikum in keiner Weise beeindruckt. Die Schlangen von wartenden Menschen vor den Kinos am helllichten Tage, die man heute noch beobachten kann, unter Ruinen und Trümmern, machen manchmal einen wirklich deprimierenden Eindruck und zeigen, daß die Vergnügungssucht keineswegs gesunken ist. Wenn irgendwo, kann man hier mit vollem Recht die Steuerschraube ansetzen. Eine Inseratenabgabe von 10 Prozent des Insertionspreises ist, glaube ich, auch keine Affaire, die irgend jemanden aufregen wird. Und wie der Herr Finanzreferent glaube daher auch ich abschließend sagen zu können, daß der

Finanzausschuß eine gute Arbeit geleistet hat. Die ÖVP wird jedenfalls für dieses Budget stimmen.

Aber nun, Hoher Landtag, kann ich es nicht unterlassen, anlässlich der Budgetdebatte auch noch einige allgemeine Fragen der Wirtschaftspolitik und der Politik überhaupt zu berühren. Hohes Haus! Eine mißgünstige Presse gießt seit Jahr und Tag die ätzende Lauge ihrer Kritik unterschiedslos über alle Maßnahmen der Bundes- und der Landesregierung aus, besonders aber der Bundesregierung, obwohl die KP in dieser Bundesregierung in der Person des Energieministers ein Mitglied sitzen hat, einen Minister, den wir, die ÖVP und die SPÖ, der KPÖ dort über den Wahlerfolg der KPÖ hinaus eingeräumt haben, im Glauben an die Möglichkeit einer loyalen Zusammenarbeit. Aber obwohl die KP selbst in der Bundesregierung vertreten ist, hindert sie das nicht, dieser Bundesregierung täglich und stündlich in ihrer Presse die schärfste Mißbilligung und das schärfste Mißtrauen auszudrücken. „Erwartet von der Regierung keinen Aufbau“ verkündete Herr Otto Fischer auf dem kürzlich abgehaltenen kommunistischen Parteitag und so las man es in der „Wahrheit“ vom 23. März d. J. Wörtlich sagte er dann weiter: „Alle Forderungen an diese Regierung, eine Besserung der Lage in Österreich zu erreichen, das alles ist vergeblich, erwartet von dieser Regierung keine Arbeit, k e i n B r o t.“ Er straft sich allerdings selbst schon fünf Sätze weiter Lügen, indem er mitteilt, daß es der KP gelungen sei, für einen Teil der Bevölkerung durch die Ausgabe von Erdäpfel- und Obstscheinen gewisse Erleichterungen zu erzielen und daß es der Herr Primus Unterwegger erreichen konnte, daß jeder Steirer zu Weihnachten ein Schweinsschnitzel zugeteilt erhielt. Es ist zwar nicht richtig, daß das ein Erfolg des Herrn Unterwegger war, aber, Hohes Haus, wie lächerlich, in einem Atem zu sagen „erwartet von dieser Regierung kein Brot“ und im gleichen Atemzug sich zu rühmen, daß es dem Genossen Unterwegger gelungen ist, dieser selben Regierung sogar ein Schweinsschnitzel herauszulaxeln, von den beiden „Primus-Unterwegger-Ostereiern“ ganz zu schweigen, die er ebenfalls verkündet hat. (Beifall, Heiterkeit.)

Hohes Haus! Im Vorjahre konnte ich dem Landtage an Hand eindrucksvoller Ziffern nachweisen, daß trotz ungeheurer Schwierigkeiten, trotz Ausplünderung unserer Industrieausstattung, trotz Zerrissenheit des Landes in vier Besatzungszonen die Produktion beachtlich und in einigen Sparten sprunghaft gestiegen ist. Dann haben wir allerdings einen Rückschlag erlitten. Ein arktischer, ungewöhnlich langer Winter hat eine Stromkrise herbeigeführt, die auch noch vorbereitet war durch ein ungewöhnlich trockenes Jahr. Diese Stromkrise hat auch zur Kohlenkrise wesentlich beigetragen, denn durch diese Stromkrise mußten die kalorischen Kraftwerke in erhöhtem Ausmaß mit Kohle beliefert werden. Aber an allen diesen Dingen ist nicht der Wettergott, nicht der Winter, sondern die Regierung, die ÖVP und die SPÖ schuld, obwohl, welcher Treppwitz der Geschichte, der Energieminister ausge-

rechnet ein KPlar ist. (Gelächter rechts.) „Wir Kommunisten“, heißt es weiter in der „Wahrheit“, „hätten die Kohlenkrise rechtzeitig aufgehalten, wir haben schon im Frühjahr und im Sommer den Kampf um die Erhöhung der inländischen Kohlenförderung aufgenommen“. In Wirklichkeit ist gerade damals die inländische Kohlenförderung gesunken und ich bezweifle, ob die Kommunisten viel dazu beigetragen haben, die Grubenarbeiter zu verhindern, daß sie auf den Sechsstudentag übergegangen sind. Wir haben alles versucht, um den Sechsstudentag im Interesse einer erhöhten Kohlenförderung wieder zu beseitigen und die blutdürstigen Kapitalisten in der Handelskammer haben sich bereit erklärt, diesen Sechsstudentag als Achtstudentag zu bezahlen und haben ihn auch gezahlt und wir haben mitgewirkt, daß wir durch Prämien an Kleidern, Schuhen, Fahrrädern usw. die Kohlenarbeiter zu Sonntagsschichten veranlassen konnten, durch welche die Kohlenproduktion im Jänner doch einen Höchststand seit dem Umbruch erreicht hat. Ebenso demagogisch, Hohes Haus, ist das kommunistische Märchen von unserer einseitigen Westorientierung. Warum bringen wir aus dem Osten und dem Südosten keine Lebensmittel ins Land, wird ausgerufen. Eine Berichterstatterin der „Wahrheit“ hat sich sogar in die kapitalistische Raubritterburg gewagt, um mich zu interviewen und zu befragen, warum ich denn keine Lebensmittel gegen Industrieprodukte aus Jugoslawien hereinbringe. Ja richtig, bei der Handelskammer laufen täglich zahlreiche Auslandsangebote ein aus den fernsten Ländern, wie Palästina, Kanada, Südamerika usw., aber kein einziges aus Jugoslawien ist darunter, wohl aus dem Grunde, wie ich vermute, weil die Leute dort selbst nichts zu essen haben (Rufe: Sehr richtig!) Die Weltpressen der ganzen Erde melden von Hungersnöten in weiten Teilen Jugoslawiens und die ganze Weltpresse hat den jugoslawischen Hilferuf an Amerika veröffentlicht. Aber das macht nichts, nicht der Umstand, daß die Leute dort selbst nichts haben, ist schuld, daß wir von dort nichts bekommen können, sondern die ÖVP und die SPÖ, die zusammen die Bundesregierung und die Landesregierung bilden.

Als ich kürzlich beim Landeshauptmann war, ist eine kommunistische Frauenabordnung erschienen unter der Führung der Frau Genossin Brandner. Da hat sich die Kommunistin Brandner zu kühnen Behauptung verstiegen, die Beziehungen zwischen Österreich und Jugoslawien werden durch die Kaffeetschecherl am Griesplatz in Graz vergiftet, weil dort Faschisten verkehren, während dieselbe Frau Brandner davon, daß Jugoslawien halb Kärnten und Teile der Südsteiermark verlangt, gar nicht beeindruckt war. (Rufe: Bravo! Sehr richtig!) Nicht viel anders steht es mit dem kommunistischen Getue mit den verschiedenen Ausschüssen. Der berühmte Illig-Erlaß liegt ihnen noch immer in den Knochen. Glauben Sie, wir werden mehr zu essen haben, wenn wir noch in weiteren zehn Ausschüssen Primus-Unterweggerische Schweinsschnitzel- und Ostereiertänze

aufführen werden? Ich glaube nicht, daß das die Lage verbessert. Diese vielen Ausschüsse und Kommissionen sind nach meiner inneren Überzeugung für die Kommunisten nichts anderes als ein Versuch, das Wahlergebnis umzufälschen, um nicht mit 4%, sondern praktisch mit 33% durchs Hintertürl sich in die Wirtschaftsverwaltung einzudrängen und andererseits ist es für die Kommunisten eine willkommene Propagandatribüne. Daß diese Tribüne sich nicht auch noch zu einem privaten kommunistischen Polizeiparat gegen unseren Mittelstand auswächst, das allerdings haben wir durch den berühmten Illig-Erlaß zu verhindern versucht und haben es, wie ich hoffe, auch verhindert. Was die Propaganda der Kommunisten mit all diesen Dingen bezweckt, mit diesem Geist, der stets verneint, wie es im Faust heißt, ist uns vollständig klar und ich glaube, Herr Willi Scholz hat es auf Ihrem Parteitag offen ausgesprochen: „Unsere Zeitung, die ‚Wahrheit‘, hat die Aufgabe, den Boden aufzupflügen, auf dem die Partei säen kann!“ Na also, da haben wir es klipp und klar: Alles bekritteln, alles in den Kot ziehen, alles beschmutzen wollen, alles verneinen, alles das soll unsere guten und besonnenen Österreicher dahin bringen, Kommunisten zu werden, aber nicht österreichische Kommunisten, sondern Weltkommunisten. Für dieses Ziel ist kein Mittel zu schlecht, für dieses Ziel und für ihre Doktrine okkupieren und reklamieren diese Herren alles, was ihnen überhaupt in den Weg läuft. Sogar unseren großen österreichischen Dichter Grillparzer hat die „Wahrheit“ zu einem führenden Vorkämpfer gegen den internationalen Kapitalismus in einer Theaterkritik umgestempelt. In Wirklichkeit hat Grillparzer die 48er Revolution abgelehnt und in einem Gedichte sagt er:

„Ich sage Dir: Nicht Skythen und Chazaren
Bedrohen uns're Zeit, nicht fremde Völker:
Aus eig'nem Schoß ringt los sich der Barbar,
Der, wenn erst ohne Zügel, alles Große,
Die Kunst, die Wissenschaft, den Staat, die Kirche
Herabstürzt von der Höhe, die sie schützt,
Zur Oberfläche eigener Gemeinheit,
Bis alles gleich, ei ja, weil alles niedrig.“

Aber das spielt keine Rolle und wenn man die erstaunliche Entdeckung macht, daß ein Kulturmensch nur Kommunist werden kann, wie auf dem kommunistischen Parteitag der aufhorchenden Bevölkerung verkündet worden ist, dann wundern wir uns nicht, auch einen Grillparzer in den Reihen dieser Partei vorzufinden. (Allgemeine Heiterkeit, Händeklatschen.)

Und nun noch ein Wort zu einer weiteren kommunistischen Entdeckung der letzten Tage. Zwischen SPÖ und ÖVP bestehe ein schauerlicher Geheimpakt gegen die Kommunistische Partei. (Zwischenruf: „Gegen das österreichische Volk!“) Hören Sie nun, was ich über diesen Geheimpakt zu sagen habe: Diese Mitteilung, daß zwischen uns beiden ein schauerlicher Geheimpakt zur Unterdrückung der Kommunistischen Partei besteht, hat anscheinend

die Teilnehmer am kommunistischen Parteitag so beeindruckt, daß sie nach einem Bericht der „Wahrheit“ am Schlusse der diesbezüglichen Rede spontan unter stürmischen Beifallsbezeugungen sich von ihren Sitzen erhoben. Nun ausnahmsweise ist diesmal die „Wahrheit“ aus ihrer Rolle gefallen. Sie hat nämlich mit ihrer Mitteilung über diesen Pakt tatsächlich die Wahrheit gesagt und darüber will ich jetzt sprechen. Es besteht zwischen uns beiden ein Pakt, aber kein Geheimpakt, sondern ein offener, ungeschriebener, für jeden, der es will, sichtbarer Pakt der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes. (Starker Beifall rechts.) Der Pakt nämlich, der basiert auf unserer Einsicht, auf der in vielen bitteren Jahren teuer genug erkaufte Einsicht, daß wir uns nicht bekämpfen und zerfleischen dürfen, einem lachenden, einem furchtbaren lachenden Dritten zuliebe, wie es der Hitlerismus war. Wir sind fest entschlossen, in diesen Fehler nicht mehr zu verfallen, auch wenn der lachende Dritte ein anderer ist, vielleicht die Kommunisten. Vieles trennt uns von der Sozialistischen Partei. Wir können uns manchmal beim besten Willen nicht einigen, unsere Ziele und Wege sind verschieden, aber eines glaube ich, werden wir uns gegenseitig zubilligen, die Überzeugung nämlich, daß wir beide das Beste für Österreich, für unser Vaterland wollen. (Rufe: „Sehr richtig!“) Jeder glaubt es, auf seinem Wege erreichen zu können. Wir halten manchmal ihren Weg für unrichtig und sie halten manchmal unseren Weg für unrichtig, aber den Glauben billigen wir uns zu, daß wir es erreichen wollen, dieses Ziel, unserem Vaterland und Österreich zu helfen. Wir halten heute die sozialdemokratische Partei für eine österreichische Partei, die Überzeugung aber haben wir gegenüber der Kommunistischen Partei nicht. Zu sehr haben Sie, meine Herren Kommunisten, seit Jahr und Tag das Ansehen Österreichs (Abg. Fischer: „Zuviel Leben haben wir für Österreich geopfert!“), zu sehr haben Sie trotzdem seit Jahr und Tag das Ansehen Österreichs in der ganzen Welt durch Ihre Presse verunglimpft, als daß wir Ihnen glauben könnten, daß Sie wirklich eine österreichische Partei sind. Mit allen jenen aber, die wir für gute Österreicher halten, können wir aussprechen, was im letzten Vers unserer neuen Bundeshymne steht: „Einig laß in Bruderchören, Vaterland, Dir Treue schwören, vielgeliebtes Österreich!“ (Händeklatschen, Bravorufe!)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung auf kurze Zeit.

(Die Sitzung wird um 19 Uhr 10 Minuten unterbrochen und um 19 Uhr 30 Minuten wieder aufgenommen. Oberstleutnant Boyd der Britischen Zivilverwaltung hat den Sitzungssaal verlassen.)

Abg. **Rosenwirth:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Landesrat Dr. Illig hat bereits gesagt, daß wir heute das zweite Mal zur Beratung und Beschlußfassung über den Landeshaushalt seit Kriegsende zusammengetreten sind. Er hat auch die Verhältnisse geschildert, die uns in

dieser Zeit aus dem Hitlerregime übergeben worden sind. Es ist das Wesen der Demokratie, daß ein ordentlich behandelter, parlamentarischer Haushaltsplan in aller Öffentlichkeit beraten und beschlossen wird und es ist dem gut so. Ist doch die Bevölkerung durch ihre Steuerzahlungen und sonstigen Leistungen dazu berufen, auch zu erfahren, was mit ihrem Geld geschieht und wie es verwendet wird. Die freigewählten Vertreter des Volkes erblicken in der Beratung und Beschlußfassung des Voranschlages ihre höchste Pflicht, ihr wichtigstes Recht, aber auch ihre größte Verantwortung, denn durch den Haushaltsplan soll festgestellt werden, wie die aufgebrauchten Gelder, die heute in dieser schweren Zeit nicht so ohneweiters zur Verfügung stehen, verwendet werden, ob sie dem richtigen Zweck zugeführt werden und auch im Volksinteresse Verwendung finden.

Der Herr Landesfinanzreferent hat uns in seinen Ausführungen zahlenmäßig ein Bild über das gesamte Budget, aber auch im großen über die einzelnen Pläne gegeben. Diese Zahlen als solche zeigen so recht deutlich unser Wirtschaftsleben in der Steiermark. Wir sehen überall Erfordernisse nach diesem Kriege in der Zeit des Aufbaues und es reichen bei weitem nicht die Mittel, die uns zur Verfügung gestellt erscheinen. Die Beratung des Voranschlages, die in diesem Jahr — wie schon ausgeführt — sehr eingehend durchgeführt wurde, ist auch ein Prüfstein für die demokratischen Parteien gewesen. Es wurde auch dazu gesagt, daß hier alles erwogen wurde und vor allem von der Fraktion der SPÖ kann ich wohl mit gutem Gewissen sagen, daß wir alle Anträge, von welcher Partei immer sie gekommen sind, sachlich geprüft, die Beurteilung nach den Gesamtinteressen der Bevölkerung dieses Landes getroffen und daß wir vor allem dabei den Grundsatz verfolgt haben, daß eine gleichmäßige Verteilung der Lasten auf die Gesamtbevölkerung erfolgen soll, je nach ihrer Leistungsfähigkeit. Auf der anderen Seite mußten die Allgemeininteressen des Landes maßgebend sein für die Verwendung der Gelder. Und hier hat die Fraktion der SPÖ ihre Aufgabe unserer Meinung nach vollkommen erfüllt.

Wenn ich nun aus dem Gesamtbudget einige Kapitel herausgreife, so möchte ich vor allem an die Spitze dieser ganzen Betrachtung die Bekämpfung des Hungers stellen. Diese Aufgabe haben wir in dieser Zeit zu einer der wichtigsten gemacht. Wir haben feststellen können, daß die äußerst schlechte Ernährungslage in unserem Lande, aber auch in ganz Österreich bei weitem nicht einen Teil der Wünsche erfüllen konnte, die die Bevölkerung an uns hatte. Wir müssen feststellen, daß ein Großteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung ihren Aufgaben nach dieser Richtung, zur Ernährung der Bevölkerung beizutragen, ziemlich weitgehend, ja teils restlos nachgekommen ist. Wir haben aber auch feststellen können, daß es immer noch da und dort einige gibt, vor allem „Große“, die sich von dieser Verantwortung zu drücken scheinen und diese Aufgabe

nicht voll und ernst genug nehmen. Diese Tatsache ist nicht nur hier feststellbar, sondern sie wurde auch bei der Beratung des Bundesbudgets zum Ausdruck gebracht. Wir haben es wirklich nicht als richtig angesehen, daß man gerade diesen Standpunkt, den wir eingenommen haben und welcher auch im Nationalrat durch Nationalrat Hillegeist vertreten wurde, daß der nun dazu verwendet wurde, um ihn in seinem Sinne umzukehren und zu einer Hetze gegen die SPÖ zu gestalten. Ich möchte daher auch hier — weil es auch einige Orte in der Steiermark betroffen hat — ausdrücklich erklären, daß wir anerkennen, daß der Großteil der Landwirte ihrer Aufgabe nachkommt, daß aber auch ein Teil der „Großen“ vor allem sich diesen Verpflichtungen entzieht. Wir sehen aber auch etwas anderes in der Aufbringung der Ernährung. Wir glauben, daß das System, das heute die Aufbringung herbeiführt, nicht das richtige ist. Das heutige System ist abgestellt auf ein Minimum der Ablieferung, während wir an dessen Stelle immer wieder vertreten und vertreten haben das Kontingentierungssystem. Wir halten das Kontingentierungssystem deshalb für besser, weil es eine gerechte Kontingentierung des einzelnen Ablieferungspflichtigen verbrieft. Wenn er seine Ablieferungspflicht erfüllt hat, kann er den Ertrag der Mehrarbeit selbst verbrauchen und wird somit zu einem Maximum an Leistung und Ablieferung gebracht. Das vor allem wäre zur Ernährungslage zu sagen und wir sind auch hier der Ansicht, daß eine Kontrolle nach dieser Richtung hin dem Anständigen und Ablieferungsbereiten absolut nicht lästig fällt.

Wir haben hier in diesem Hause schon sehr viel über die Versorgungsausschüsse debattiert und ich kann dem Herrn Landesrat Dr. Illig nicht recht geben, wenn er meint, daß durch seine Verordnung eine Besserung auf diesem Gebiet erzielt worden wäre. Wir haben jetzt im Aufbringungsgesetz diesen Gedanken der Versorgungsausschüsse im Gesetz verankert. Diese Aufbringungsausschüsse, die dasselbe leisten sollen wie die Versorgungsausschüsse, nur einen anderen Namen haben, sollen nun im ganzen Bundesgebiet aufgestellt werden, ihre Rechte und Pflichten sind gesetzlich verankert und ich glaube, daß es zur Beruhigung der Bevölkerung beiträgt, wenn auf diesem Gebiet eben alles so offen liegt, wie es notwendig erscheint. Wir sind der Auffassung, daß in diesen schweren Zeiten, die wir jetzt durchzumachen haben, alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig zum Aufbau beizutragen haben und auch gleichmäßig behandelt gehören. Es darf nicht vorkommen und muß dagegen eingeschritten werden, daß sich ein kleiner Teil dauernd dazu versteigt, sich durch die Not des Volkes zu bereichern oder für sich größtmögliche Vorteile zu erringen.

Der Wiederaufbau ist wohl das Nächstliegende, was wir vor uns haben. Wir haben nur sehr wenige und unzulängliche Mittel für den Wiederaufbau bei dieser schweren Wirtschaftskrise, in der wir stehen,

zur Verfügung. Vor allem mangelt es an einem staatlichen Wiederaufbaugesetz. Ein solches Gesetz müßte geschaffen werden und ich glaube auch, daß der Steiermärkische Landtag einhellig dieser Meinung ist, daß das Parlament in absehbarer Zeit sich zu einem solchen Schritte entschließen und ein solches Gesetz schaffen muß. Wir wissen, daß wir hier mit Schwierigkeiten zu rechnen haben, weil vor allem der Staatsvertrag noch ausständig ist und wir nicht wissen, ob wir dann diese Grundlagen, die mit einem solchen Gesetz geschaffen werden sollen, auch wirklich voll und ganz zur Einsetzung bringen können. Aber jeder Monat, der vergeht, ist ein schwerer Verlust für uns, weil er uns am Wiederaufbau, wenn er nicht zentral errungen werden kann, behindert. Daß die Lastenverteilung bei einem solchen Wiederaufbau natürlich eine gerechte sein muß, ist wohl selbstverständlich. Es ist nicht angängig, daß nur durch Mietzinserhöhungen zum Beispiel ein solches Wiederaufbauwerk geschaffen wird. Es müßten durch die Steuergesetzgebung die nötigen Mittel herbeigebracht werden und es darf auch dieses Gesetz absolut keine Bevorzugung einzelner Gruppen der Staatsbürger beinhalten. Die zentrale Bewirtschaftung ist hier also notwendig, wobei natürlich die Länder dementsprechende Berücksichtigung finden müssen und hier vor allem die Steiermark selbst. Die Steiermark hat vor allem eine große Produktionskapazität und hat daher beim Wiederaufbau auch die genügende Berücksichtigung zur Schaffung dieser Produktion zu erhalten. Es müßte vor allem vom Bunde verlangt werden, daß eine wesentlich gerechtere Zuwendung von Bau- und Brennstoffen und Energie Platz greift. Wir im eigenen Lande erzeugen oder stellen rund 50% des Bedarfes her, bekommen beim Baustoff aber nur 13% Zuteilung. Das ist natürlich für dieses Land viel zu wenig und da müßten wir unseren Einfluß bei der Zentrale geltend machen, um hier wirklich besser beteiligt zu werden. Die Aufteilung müßte hier nach der Wichtigkeit des Landes durchgeführt werden.

Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit noch einmal auf die Lebensmittelzuweisung selbst kommen. Es ist kein Wiederaufbau möglich ohne dementsprechende Zuteilung an Lebensmitteln. Wir in Steiermark haben ein besonderes Lied zu singen, das allerdings seine Klage nicht direkt an die Bundesregierung, sondern vielmehr an den Alliierten Rat wendet. Er hat bis heute trotz aller Vorsprachen, Versuche und Forderungen, die wir gestellt haben, noch immer nicht zugestimmt, daß die Zuschußkarten, die wir für Steiermark nach einem alten Schlüssel zugeteilt erhalten, trotz Erhöhung der Arbeitenden in diesem Lande nicht auch im gleichen Maße erhöht werden. Dadurch wird uns ebenso ein Teil der Lebensmittelzuschüsse, die wir erhalten sollen, weggenommen und müssen diese Nahrungsmittel eben auf andere Art aufgebracht werden.

Das ganze Problem des Wiederaufbaues selbst bedarf, wie schon gesagt, einer zentralen, planmäßigen

Lenkung. Natürlich haben wir aber auch im Lande unsere diesbezüglichen Interessen zu vertreten und es wäre sehr leicht auf Grund des Warenverkehrsgesetzes, auch in den Ländern die Einrichtungen zu schaffen, eine solche planmäßige Lenkung zum Wiederaufbau im Lande herzustellen. Ein Teil der Länder hat das bereits durchgeführt. In der Steiermark wäre es vor allem notwendig, ein wirtschaftspolitisches Referat zu schaffen. Die Aufgabe dieses Referates wäre es, alle diesbezüglichen Aufgaben dort zu behandeln. In der Landesregierung wurde darüber bereits gesprochen, es wurde darüber auch beraten, aber man ist bisher noch zu keinem Ergebnis gekommen. Ich glaube, daß diese Forderung unserer Fraktion, diese Frage einer raschen und zweckentsprechenden Lösung zuzuführen, nur zum Vorteil des Wiederaufbaues im ganzen Lande sein würde.

Und nun zu einer weiteren Frage, an der wir Sozialisten besonderes Interesse immer wieder gehabt haben. Aber nicht nur das, sondern wir empfinden es als eine der wesentlichsten Verpflichtungen der Länder und der Gemeinden, der Not der Armen, der Not der Kranken entsprechend zu steuern, also die Fürsorge auszubauen. Diese Aufgabe ist von der SPÖ-Fraktion auch mit allen Mitteln vertreten worden. Eine Reihe von Anträgen wurden von uns gestellt, die im Finanzausschuß besprochen wurden und, soweit Mittel nur aufgebracht werden konnten, wurde unseren Forderungen auch entsprochen. Es wurde vieles vorbereitet, vor allem für die Gesundheits- und Erholungsfürsorge sind ganz ansehnliche Beiträge in dieses Budget eingebaut. In der Heimkehrerfürsorge wurde, wie schon Herr Landesrat Dr. Illig erwähnt hat, der vorjährig ausgesetzte Betrag auf das doppelte erhöht. Dem Wunsche der Kriegsbeschädigten nach einem Anteil an den Steuereinnahmen wurde ebenso entsprochen, indem ihnen 7% des Landeszuschlages zur Vergnügungssteuer zur Verfügung gestellt wurden. Aber auch dem Roten Kreuz wurde eine wesentliche Subvention gegeben und auch diese gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Eine der schwersten Fragen, die wir hier in Steiermark, aber auch in ganz Österreich zur Lösung vor uns haben, ist das Problem der Ausländer. Wir haben mit Stichtag 20. Mai 1947 noch 86.686 Ausländer hier in der Steiermark. Davon sind 17.367 in DP-Lagern, die den Engländern unterstehen, untergebracht. Diese Ausländer belasten den Bundes- und Landeshaushalt schwer und das Land hat in diesem Budget einen doppelt so hohen Betrag als im Vorjahr einsetzen müssen. Wir wissen, daß die Regelung dieser Frage nicht von uns allein abhängig ist, sondern daß sie vor allem eine Regelung ist, die im Staatsvertrag endgültig zur Lösung kommen wird. Aber unsere Auffassung ist es, daß diese Lasten dem Land nicht auferlegt werden können und daß die Lösung nur darin bestehen kann, daß alle belasteten Ausländer außerhalb Österreichs, vor allem aber auch außerhalb der Steiermark untergebracht werden müssen. Wir

werden einen Teil übernehmen, den wir in unserer Wirtschaft unterbringen können, so wie wir auch früher ausländische Arbeiter beschäftigt haben. Aber wir wollen vor allem politisch unbelastete und wir wollen weiters arbeitsfreudige Menschen und nicht arbeitsunlustige, wie wir sie heute noch in großer Zahl in der Steiermark antreffen und die vor allem in erster Linie große Schleichhändler sind und vielfach auch zu kriminellen Taten hinneigen.

Eine weitere wichtige Frage ist das Schulwesen. Hier möchte ich als erstes die Forderung stellen, daß im Schulwesen die Besoldung der Lehrer Bundessache verbleibt. Schon früher haben die Gewerkschaften der Lehrer aller Parteirichtungen immer wieder darauf gedrungen, daß sie vom Bund besoldet werden und das ist heute so. Wir haben aber auch Mitteilung, daß in Wien Pläne vorhanden sind, die wieder eine Verländerung in der Besoldung der Lehrerschaft herbeizuführen wünschen. In Wien, Niederösterreich, Oberösterreich Salzburg und Kärnten ist man der Meinung, daß die Besoldung der Lehrer durch den Bund auch weiterhin erfolgen soll. Ich glaube, daß sich dieser Mehrzahl der Länder auch die Steiermark anschließen wird, wenn man unter Umständen das Ansinnen an die Länder stellt, die Lehrerbesoldung wieder vom Land zu übernehmen.

Unsere Fraktion hat aber auch die hohe Bedeutung und Notwendigkeit des landwirtschaftlichen Schulwesens nicht unterschätzt und wir freuen uns, daß es auch auf diesem Gebiet möglich war, außerordentliche Beträge zur Verfügung zu stellen. Nicht minder wichtig ist das gewerbliche Fortbildungsschulwesen und vor allem die Fortbildung der Lehrer dortselbst. Auch hier sind bedeutende Mittel bereit und es ist uns eine besondere Freude, daß der Finanzausschuß dem berechtigten Verlangen der Stadtgemeinde Graz nach Schaffung eines Lehrlingsheimes nicht nur stattgegeben hat, sondern daß auch hier eine wesentliche Subvention des Landes, gleich der Gemeinde, zur Verfügung gestellt wurde. Wir haben uns aber auch nicht dagegen gestellt, daß man der Fachschule des Hotel- und Gastgewerbes eine entsprechende Subvention gibt, denn wir wissen nur zu gut zu schätzen, was diese Schule für den Fremdenverkehr im Lande bedeutet. Ebenso wurden die Studienbeihilfen verdoppelt und das ist vor allem deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil wir so vielen armen Studenten und Schülern die Möglichkeit des Studiums erleichtern. Die Schaffung von Schülerheimen ist sicher ein ebenso großes Werk. Es ist diese Einrichtung sehr segensreich und im Lande Steiermark einzig dastehend. Auch dieser Förderung werden wir nach wie vor unsere Unterstützung leihen.

Daß wir der Förderung der Kultur, Kunst und Wissenschaft vor allem auch unser Augenmerk zuwenden, ist wohl eine Selbstverständlichkeit.

Besonders freut es uns aber auch, daß nun im Lande eine eigenes Sportamt errichtet werden soll. Der Sportausschuß ist schon geschaffen auf über-

parteilicher Grundlage. Es wurde auch hier eine Subvention gegeben, die die Ausgestaltung dieses Sportamtes in die Wege leiten soll. Daß wir der Pflege des Sportes große Aufmerksamkeit zuwenden, ist für uns wohl klar, da wir den Sport als besondere Aufgabe, die vor allem bei den Jungen Anklang findet, betrachten. Wird doch durch den Sport der Körper gestählt und gesund erhalten und: „in einem gesunden Körper wohnt auch ein gesunder Geist“. Daß gerade der Sport jetzt nach dem Krieg, wo die jungen Menschen so viel Widerwärtiges vorfinden, in ihnen eine gewisse Befriedigung und Freude auslöst, das merken wir an der Begeisterung bei Sportveranstaltungen und an der Massenbeteiligung, die der Sport in der Steiermark aufweist.

Das Gesundheitswesen in der Steiermark ist sicher mustergültig und in keinem Land so gut ausgebaut wie bei uns. Die großen Anforderungen, die durch die Verwüstungen durch den Krieg an uns herangetreten sind, müssen nun behoben werden. Der Hilfe bedürfen vor allem das Landeskrankenhaus Graz und andere Krankenhäuser in den Bezirken, die Heilanstalt auf der Stolzalpe, Hörgas-Enzenbach, Feldbach u. dgl. mehr, die alle schwer gelitten haben. Die Landesregierung hat über Vorschlag des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Machold eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die sich schon in der nächsten Zeit auswirken werden. Es ist sicher ein Verdienst des Landtages, daß er hier die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt hat. Aber auch die Erhöhung des Standes der Sekundar- und Hilfsärzte in den Krankenhäusern bedarf der Erwähnung. Die Ärzte erhalten dadurch eine besondere Ausbildung, die unumgänglich notwendig ist zur Betreuung der Bevölkerung. Mit Nachdruck möchte ich hier sagen, daß diese Lösung wie sie durch das Sanitätsreferat geschaffen wurde, auch im Interesse der Ärzte selbst gelegen ist, dadurch, daß sie vielen Ärzten aus einer Notlage, in der sie vorher gestanden sind, herausgeholfen hat. Weiters ist das Projekt im Ennstal und der Ausbau des Barackenlagers Wagna zu einem vollwertigen Krankenhaus in diesem Voranschlag besonders hervorsteckend und wir hoffen, daß die Planung dieser Bauten bald verwirklicht wird.

Der Herr Landesrat Dr. Illig hat bezüglich des Fremdenverkehrs, der ja in sein Referat fällt, schon viel gesprochen. Auch wir haben mit den anderen Faktoren, die daran interessiert sind, dem Fremdenverkehr unser besonderes Augenmerk zugewendet, weil wir wissen, daß der Aufbau, die Förderung des Fremdenverkehrs für unser Land von eminenter Wichtigkeit ist. Wir haben auch hier allen Anträgen mit Freude zugestimmt. Wenn Herr Landesrat Dr. Illig von Amerikanern gesprochen hat, die durch die Steiermark durchgeschleust werden sollen, möchte ich sagen, daß vielleicht näherliegender für uns die Besatzungsmacht selbst ist, die wir jetzt im Lande haben. Wir wissen, daß die Besatzungsmacht unser Land lieb gewonnen hat, sich gerne in diesem Lande aufhält und wir hören von vielen, die nach

England zurück sollen, daß sie noch lange hierbleiben möchten. Aber, wenn sie einmal weg sind, so hoffen wir, daß die Besatzungsmitglieder, die wir hier im Lande gehabt, die unser Land lieb gewonnen haben, späterhin zwar nicht mehr als Besatzung, sondern als Gäste in unser Land kommen und sich hier auch wohl fühlen werden. (Landesrat Dr. Illig: „Hoffentlich gibt es dann keine Preisbehörde mehr!“) So wird denn auch der Krieg dazu beigetragen haben, unser Land entsprechend für den Fremdenverkehr aufzuschließen dadurch, daß die Besatzung allein durch ihr Hiersein gewonnen hat. Wir sehen hier einen Lichtblick in der Besatzungsfrage selbst. Wenn nun für den Fremdenverkehr vor allem an die Errichtung eines Fremdenverkehrsbüros geschritten werden soll, Mittel zur Erschließung der Lurgrotte, für das Projekt einer Drahtseilbahn auf den Schöckel, wesentliche Mittel für ein Künstlerhaus zur Verfügung gestellt werden, so ist es klar, daß diese Mittel nicht nutzlos angewendet, sondern auf der anderen Seite bedeutenden Erfolg für die Hebung der Wirtschaft unseres Landes haben werden. Herr Landesrat Dr. Illig hat auch angeführt, daß für die Erhaltung, Instandsetzung und Ausgestaltung des Landesstraßennetzes 19½ Millionen Schilling aufgewendet werden. Es sind dies sicherlich außerordentlich große Mittel, die in diesem Landeshaushalt aufscheinen und ich glaube, daß auch die direkten Interessenten, die Autofahrer selbst, durch diese Kraftfahrzeugabgabe sicherlich nicht allzuschwer getroffen werden. Der Ertrag ist 800.000 S. Das ist ein ganz kleiner Bruchteil dessen, was wirklich für diese Straßen aufgewendet wird. Wir haben im Vorjahre gelegentlich des Voranschlags die Forderung gestellt, daß die Landesregierung und vor allem der Herr Finanzreferent darnach trachten sollen, daß die wirtschaftlichen Betriebe des Landes möglichst sich selbst erhalten sollen. Wir haben bei der heutigen Beratung des Voranschlags feststellen können, daß zwar mit Rücksicht auf die schlechten Zeiten, die schlechten Verhältnisse hier noch nicht alles so ist, wie wir es haben möchten, daß aber auch hier ein wesentlicher Fortschritt erreicht worden ist.

Der wesentlichste Abgang, den wir hier in diesem Kapitel haben, bezieht sich auf die Landeseisenbahnen und dazu sind wohl einige Worte zu sagen. Sie werden auch mit Rücksicht auf die Kriegereignisse, mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Situation noch lange Zeit eine Belastung für das Land sein, aber diese Belastung, das muß ebenso festgestellt werden, ist nicht größer, als wir sie bei den Bundesbahnen oder übrigen Privatbahnen zu verzeichnen haben. Vielleicht ist das der Grund, daß derzeit im Interesse des Gesamtstaates das Ministerium für Verkehr unserem Verlangen nach Übernahme der Landesbahnen nicht Rechnung tragen kann. Wir in unserer Fraktion sind aber der Meinung, daß es nicht zu umgehen sein wird, hier einen eigenen Verwaltungsausschuß beim Landes-Eisenbahnamt zu errichten, dem die Aufgabe zufallen soll, unter Mitwirkung der beruflichen Faktoren die

Entwicklung der Landesbahnen einzuleiten, damit sie den Verkehrsbedürfnissen und den sonstigen berechtigten Forderungen der steirischen Bevölkerung entsprechen. Ich glaube, daß durch die Einsetzung eines solchen eigenen Verwaltungsausschusses, der viel dazu beitragen würde, daß Kontrolle und Führung auf breite Grundlage gestellt wird, jedermann Einsicht erhält und dadurch die Verantwortung für das Land gegenüber der Bevölkerung leichter zu tragen ist. Wir würden daher wünschen, daß ein solcher Verwaltungsausschuß in Funktion tritt.

Nun noch einige Worte zur Bedeckung:

Das Land hat in seinem Voranschlag außerordentlich große finanzielle Verpflichtungen. Soweit das Land aus eigener Lage dazu imstande war und die Berechtigung hatte, liegen die Bedeckungsanträge des Herrn Finanzreferenten nun vor. Der Finanzausschuß wird sich morgen Vormittag damit befassen und nach den Ausführungen des Herrn Landesrates Dr. Illig wird diese Belastung, die damit ausgesprochen wird, als richtig aufgezeigt, als tragbar empfunden und nach seinen Worten war zu schließen, daß diesen Bedeckungsvorschlägen auch die Zustimmung seiner Fraktion erteilt wird. Für unsere Fraktion möchte ich sagen, daß auch wir diesen Bedeckungsvorschlägen unsere Zustimmung geben werden. Wir hoffen aber, daß das Bundesministerium für Finanzen den weitaus größeren Teil sicherstellen wird. Die bereits unter Führung des Herrn Landesfinanzreferenten und der Vertreter der Parteien beim Bundesministerium geführten Verhandlungen haben zu einem wirklich schönen und guten Erfolg im Interesse des Landes geführt. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch unserer Freude und unserem Dankgefühl Ausdruck geben, daß für das Land Steiermark auch seitens des Finanzministeriums ein derartiges Entgegenkommen gezeigt wurde und wir dadurch unseren Haushalt wesentlich verbessern und damit den Interessen des Volkes mehr dienen können. Die bisherige Lage des Landesfinanzwesens ist aber auf die Dauer absolut unbefriedigend, denn es ist ganz unmöglich, daß diese Regelung, wie sie heute auf der Grundlage von 1944 besteht, auch weiterhin aufrecht erhalten werden kann. Damals war die reichsgesetzliche Regelung auf die damaligen Verhältnisse aufgebaut, während wir heute, bei diesem Zusammenbruch unserer Wirtschaft, bei dieser Wiedergutmachung der Kriegereignisse, ganz andere Mittel beanspruchen und auch vom Bund Unterstützung erhalten müssen. Es ist klar, daß diese Form der Finanzierung im Lande nicht aufrecht erhalten werden kann. Für uns besteht also als eine dringliche Forderung der Länder, daß noch im Jahre 1947 ein Abgabenteilungsgesetz in gemeinsamen Verhandlungen herbeigeführt werde. Dieses Abgabenteilungsgesetz müßte die Bedürfnisse und Rechte der Länder sichern und ich erlaube mir im Namen unserer Fraktion schon heute unsere Ansicht dazu in einigen Punkten bekanntzugeben. Wir fordern vor allem

1. die Wiederherstellung der Finanzhoheit des Landes, wobei den berechtigten Bedürfnissen des Landes Rechnung zu tragen sein wird,

2. die Wiederherstellung der einheitlichen Landesverwaltung, so wie sie früher bestanden hat,

3. angemessenen und gesicherten Anteil an den gesetzlichen Bundesabgaben in solcher Höhe, daß die Länder ihren Aufgaben nachkommen können,

4. die Aufteilung dieses Anteiles unter die Länder im gegenseitigen Einvernehmen,

5. daß das künftige Abgabenteilungsgesetz ein Muster der Einfachheit und Klarheit sein muß und verschiedenartige Auslegungen auszuschließen hat.

Ein solches Abgabenteilungsgesetz würde uns von der jetzigen Unsicherheit, mit der immer wieder zu rechnen ist, befreien, wir könnten die Grundlage des ganzen Haushaltes im Lande, die Grundlage der ganzen Verwaltung des Landes überhaupt auf eine viel breitere Basis stellen, könnten wirklich planvoll unsere Arbeit einteilen und nach diesen Gesichtspunkten vorgehen.

Hinter uns liegt ein harter Winter. Er hat eine Verschärfung unserer Lebenslage herbeigeführt durch die Einschränkung der Transporte, durch die Stilllegung in den Betrieben und hat uns dadurch das Leben nicht leichter gemacht. In diese Zeit hinein fiel die Beratung des Voranschlages. Es war sicher erfreulich, daß bei den Beratungen dieses Voranschlages das allgemeine Interesse an die oberste Spitze gestellt worden ist. Wir als Sozialisten hätten sicher eine große Reihe von Forderungen vorzubringen gehabt, die wir durchzukämpfen gewillt wären, wenn wir das Parteiinteresse vor das Allgemeinwohl stellen wollten. Wir haben uns aber der heutigen Zeit der Not und des Elends voll verantwortlich gezeigt und haben daher unsere besonderen Wünsche zurückgestellt im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse einer Zusammenarbeit aller Parteien dieses Landes, damit eben wirklich die Ernährungslage, der Wiederaufbau in diesem Lande so rasch als möglich gebessert werden kann. Der Herr Finanzreferent ist aus unserer Partei. Er hat bei diesem Voranschlag mit seiner Beamtenschaft die Hauptarbeit zu leisten gehabt und ich glaube, daß er alle Voraussetzungen geschaffen hat, die heute zur Beschlußfassung des Voranschlages führen. Für uns ist es daher selbstverständlich und kann ich auch die Zusage meiner Fraktion abgeben, daß wir für dieses Budget stimmen werden. (Allgemeiner, sehr lebhafter Beifall.)

Präsident: Mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde wird eine kurze Pause eingeschaltet.

(Unterbrechung der Sitzung um 20 Uhr 25 Min., Wiederaufnahme der Sitzung um 20 Uhr 35 Min.)

Präsident: Wir setzen nun unsere Beratungen fort, das Wort erteile ich Herrn Abg. Fischer.

Abg. Fischer: Hohes Haus! Das Budget, das dem Landtag zur Beschlußfassung vorliegt, ist im ganzen auch nach der Meinung der kommunistischen Partei kein schlechtes Budget. Es ist ein Budget, das sehr sorgfältig durchberaten wurde. Wir würden

wünschen, aber ich glaube nicht nur unsere Partei, sondern auch die beiden anderen Parteien, wir hätten in dieses Budget noch größere Beträge einstellen können für den Wiederaufbau und für die Behebung überhaupt aller jener Schäden, die das Hitler-Regime und der Hitler-Krieg unserem Lande geschlagen haben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte vielleicht nur darauf verweisen, mit welcher tiefer Befriedigung wir dem Landtag ein Budget vorlegen können, in dem Vorsorge getroffen ist, nicht nur für die Wiedererrichtung, sondern für die volle Wiederinstandsetzung aller unserer Altersheime, unserer Spitäler, auch unserer Landesirrenanstalt Feldhof, also aller jener Anstalten, die im Dritten Reich Stätten des Grauens und der Vernichtung waren. Sie werden durch die Tätigkeit der demokratischen Verwaltung des Landes wieder zu Heilstätten, wieder zu Asylen für unsere Alten und Kranken. Ich bedaure es, daß in der Budgetdebatte der Versuch unternommen wurde vom Herrn Landesrat Illig, die Sache ungefähr so darzustellen, als sei alles Positive, was in diesem Budget enthalten ist, ausschließlich sein Werk, das Werk der ÖVP. (LR. Dr. Illig: Das ist doch nie behauptet worden!) Ich will offen sagen, ich nehme nicht Anstand zu erklären — ich habe, soweit es mir möglich war, an allen Sitzungen des Finanzausschusses teilgenommen —, daß sich die Vertreter aller Parteien redlich bemüht haben, ein gutes Budget zu erstellen und daß es wirklich das Wirken aller drei Parteien war, daß das Budget so geworden ist, wie es geworden ist. Es ist klar, daß die Mitarbeit im Finanzausschuß für meine Partei etwas schwieriger war als für die anderen Parteien, da ich nur mit beratender Stimme am Finanzausschuß teilnehmen kann, da ich in diesem Finanzausschuß keinen Antrag stellen konnte, sondern nur Anregungen geben. Aber ich kann doch feststellen, daß eine Reihe von Anregungen von anderen Abgeordneten aufgegriffen und als Anträge gestellt bzw. in andere Anträge aufgenommen wurden. Ich will nicht im einzelnen auf dieses und jenes hinweisen, ich will mich nicht damit brüsten, was ich für diese oder jene Gruppe erreicht oder durchgesetzt habe; aber ich glaube, daß alle Mitglieder des Budgetausschusses entgegen der Philippika des Herrn Landesrates Dr. Illig gegen den Kommunismus, wenn sie ehrlich sind, zugeben müssen, daß die Kommunisten an diesen Beratungen einen durchaus positiven und keinen negativen Anteil genommen haben. (LR. Dr. Illig: Soweit sie nicht abwesend waren!)

Soweit das Budget, soweit die Ziffern. Es handelt sich nun darum, diese Ziffern des Budgets mit Leben zu erfüllen, es handelt sich darum, diese Ziffern in Wiederaufbau zu verwandeln, es handelt sich darum, diese Ziffern in Steine, Waren, Lebensmittel, Löhne tatsächlich umzusetzen, denn das beste Budget hilft uns nichts, wenn wir am Ende des Jahres sagen müssen, wir waren nicht in der Lage, diese Ziffern zu erfüllen, wir waren nicht in der Lage, die Ansätze des Budgets auch voll auszunützen. Dazu ist

vieles notwendig. Unser Budget, wie hier schon hervorgehoben wurde, enthält auch ansehnliche Beträge für die Landwirtschaft. Das ist gut und ich möchte auch hier sagen, es ist sicher ein unberechtigter Versuch, wenn man erklären will, es sei wiederum nur das Verdienst einer Partei, man hat das alles den anderen abgerungen und abgekämpft. Es ist kein Zweifel, daß die Bereitschaft, die Landwirtschaft zu fördern, daß die Bereitschaft, dem Fortschritt zu dienen, wie es hier richtig formuliert wurde, ganz bestimmt nicht das Privileg einer Partei und vor allem nicht das Privileg der ÖVP ist. (Landesrat Dr. Illig: „Es ist am zähesten vorgegangen, dieses Kapitel im Finanzausschuß !) Es ist gut, daß dieses Budget diese Beträge zur Förderung der Landwirtschaft enthält, die Vertreter des Landes haben damit ihre Bereitschaft kundgetan, der Landwirtschaft zu helfen und es ist kein Zweifel, daß auf der anderen Seite die Vertreter des Landes und das ganze Land mit Berechtigung erwarten werden, auch von Seite der Landwirtschaft dieselbe Bereitschaft für die Nöten und Sorgen unseres Landes zu finden. Es ist klar, wenn im kommenden Jahr der Wiederaufbau in Steiermark größere Erfolge haben soll, als er im abgelaufenen Jahr zu verzeichnen hat, dann wird es neben vielen anderen Dingen notwendig sein, die Versorgung des Landes wesentlich zu verbessern. Um diese Frage ist sehr gestritten und sehr gekämpft worden. Es ist in letzter Zeit zum Beispiel der Vorwurf erhoben worden, daß man einseitig für bestimmte Kategorien, bestimmte Gruppen Verbesserungen erkämpft, durchsetzt auf Kosten der anderen. Dieser Vorwurf ist unberechtigt, wenn man von den Metallarbeitern, Hüttenarbeitern, unberechtigt vor allem, wenn man von den Bergarbeitern spricht. Es ist klar, daß nur auf der Basis einer Verbesserung der Lebenshaltung, vor allem der Bergarbeiter, eine Verbesserung der Lebenshaltung des ganzen Landes möglich ist. Kohle und darüber hinaus Eisen, das sind die entscheidenden Voraussetzungen für den Wiederaufbau. Mehr Brot für die Bergarbeiter, das heißt mehr Kohle für das Land, das heißt mehr Brot für alle. Es ist richtig, wenn wir heute die Normen aller anderen Gruppen der Bevölkerung sehen, so verdienen sie nicht weniger eine Erhöhung als die Normen der Schwerarbeiter, der Schwerstarbeiter. Es tut uns allen das Herz weh, wenn wir den Lebensmittelaufschlag, sagen wir zum Beispiel für die Kleinstkinder, lesen und uns fragen, wie eine Mutter, die Kleinstkinder von 0—3 Jahren hat, mit diesen aufgerufenen Lebensmitteln diese ernähren und vorwärtsbringen soll. Das alles zusammen legt uns große Verpflichtungen auf. Es ist eine viel besprochene Tatsache, daß im großen und ganzen der Wille, das Verständnis der Masse der Bauern für die Not der Bevölkerung zweifellos gegeben ist, daß große Teile der Bauernschaft gewissenhaft ihre Lieferung erfüllt haben und sogar vielfach über diese Ablieferung hinaus geleistet haben. Aber auf der anderen Seite ist es auch eine Tatsache, die von allen ernstesten Politikern dieses Landes anerkannt wird, daß auf manchem Gebiete die Eigenaufbrin-

gung auch in Steiermark wesentlich zu wünschen übrig läßt. Nehmen wir zum Beispiel die Frage der Milchlieferung: Niemand anders, als der Herr Landeshauptmann selbst, hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die Milchlieferung im ganzen Lande Steiermark höchst unbefriedigend ist. Man könnte auch für andere Produkte ähnliches sagen. Es ist zweifellos auch die Frage der Ablieferung von Eiern in Steiermark nicht befriedigend. Es könnte zweifellos mehr abgeliefert werden. Aber es liegt mir völlig ferne, deswegen der Masse der Bauern den Vorwurf zu machen. Schuld sind nicht die Bauern, sondern schuld ist ein verfehltes und unrichtiges System der Aufbringung, ein verfehltes, ein unrichtiges System der Vorschreibung. Es ist selbstverständlich, daß zum Beispiel bei den mageren Eierpreisen, wo der Bauer 7 bis 9 Groschen für ein Ei erhält, er freiwillig um dieses Geld nicht mehr Eier abliefern wird, als er unbedingt muß. Es ist selbstverständlich, daß ähnliches für die Milch gilt, es gilt ähnliches für Erdäpfel. Es ist eben notwendig, daß man eine bessere, wirksamere Methode findet, um die Eigenaufbringung im Lande zu verbessern und zu steigern. Sehen Sie, meine Damen und Herren, ich weiß sehr gut, daß wir unser Land nicht mit der eigenen Ernte, auch nicht zu einem Großteil mit der eigenen Ernte versorgen können; aber es ist eine Tatsache, daß wir durch eine bessere Eigenaufbringung nicht nur die Versorgung etwas bessern, sondern gleichzeitig unsere Möglichkeiten, zusätzliche Lebensmittel aus dem Auslande zu bekommen, ebenfalls verbessern könnten. Sehen Sie nun, alle diese Gedankengänge, ein verfehltes System der Aufbringung, ein Aufbringungsapparat, der seine Unfähigkeit und nicht seine Fähigkeit unter Beweis gestellt hat, ein Aufbringungsapparat, in der Wirtschaftsverbände, die durch verschiedene Vorgänge und Zwischenfälle in der Öffentlichkeit an Vertrauen in der Bevölkerung nicht gerade gewonnen haben, alles das hat die kommunistische Partei schon seit langem bewogen, schon kurz nach der Befreiung bewogen, vorzuschlagen, andere, bessere demokratischere Methoden der Aufbringung, demokratischere Methoden der Wirtschaft, der Organisierung des Wiederaufbaues durchzuführen, als sie leider in unserem Lande übernommen wurden vom Dritten Reich, einem Reich, das gewiß nicht an einem Überfluß an Demokratie gelitten hat. Und wenn heute der Herr Landesrat Illig sich verächtlich, wie das nicht zum erstenmal geschieht, über die Versorgungsausschüsse ausspricht, „noch Ausschüsse und noch Ausschüsse“, und damit offenbar zum Ausdruck bringen will, daß die Wirtschaftsverbände, die uns der Reichsnährstand, das Dritte Reich, hinterlassen haben, wesentlich besser, vielleicht auch wesentlich demokratischer sind, so muß ich sagen, daß sich da der Herr Landesrat Illig nicht sehr auf den Bahnen der Demokratie, sondern auf den Bahnen, ich will nicht gerade sagen einer nazistischen Wirtschaft, aber jedenfalls einer nicht demokratischen, bewegt. (Zwischenrufe). Herr Landesrat Illig, es mag sein, daß sich für Sie die Demokratie erschöpft in den Ergebnissen der Wahl

vom 25. November 1945. Für uns Kommunisten und für alle wirklichen Demokraten der ganzen Welt ist Demokratie mehr als das. Es ist auch das, aber es ist mehr als das. Demokratie heißt, daß die breiten Massen des Volkes, daß die Bevölkerung mitbestimmt. (Landesrat Dr. Illig: Sie vertreten ja keine breiten Massen, das ist ja Größenwahn, Sie vertreten ja nur einen Bruchteil der Bevölkerung, das ist ja alles Schwindel!) Ich verstehe gar nicht, warum Sie sich so aufregen, ich spreche ja gar nicht von breiten Massen, die hinter mir stehen, ich spreche doch davon, daß es notwendig ist, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, mitzuarbeiten, mitzukontrollieren und diese Kontrolle, Herr Landesrat Dr. Illig, mag Ihnen vielleicht unangenehm sein, aber sie ist sehr notwendig. (Landesrat Dr. Illig: Sie kann aber nicht durch KPLer ausgeübt werden, weil dahinter keine breite Masse steht, die steht hinter uns zwei.) Da weiß ich nicht, warum Sie so eine Angst vor Neuwahlen haben. (Landesrat Doktor Illig: Wir haben keine Angst vor Neuwahlen, bei den nächsten Wahlen werden Sie wahrscheinlich ganz zermatschkert werden.) Ich bin überzeugt, daß Sie mit dieser Prophezeiung so recht haben werden, wie mit allen Ihren anderen Prophezeiungen. Es ist eine Tatsache, daß diese Versorgungsausschüsse in der Steiermark eine sehr gute, eine sehr positive Arbeit geleistet haben, und daß man das nicht einfach mit Witzen hinwegreden kann. Gewiß wurde auch auf dem Parteitag der Kommunisten über die Versorgungsausschüsse und über die Arbeit und die Erfolge des Landesversorgungsausschusses gesprochen und ich muß sagen, es ehrt uns geradezu, wenn für Herrn Landesrat Illig der Landesversorgungsausschuß identisch ist mit dem Ing. Unterweger, dem damit bestimmt eine sehr gute und entscheidende Aufgabe zufällt. Es ist kein Zweifel, daß es eine Leistung des Landesversorgungsausschusses war, daß wir in Steiermark die Einlagerungsscheine für Obst und Erdäpfel ausgegeben haben. Ich sehe auch gar nicht ein, warum ich diese Leistung des Landesversorgungsausschusses nicht entsprechend hervorheben sollte. Daß dabei Herr Ing. Unterweger auch eine gute Rolle gespielt hat, ist außer Zweifel, eine traurige Rolle hat gespielt Herr Landesrat Illig, — das weiß nicht nur dieses Haus, sondern die ganze Öffentlichkeit — indem er versucht hat, und zwar mit allen Mitteln, die wichtige Kontrolle der Schleichhändler, der Schieber durch die Versorgungsausschüsse zu verhindern, auch das weiß das ganze Land. (Landesrat Dr. Illig: Mir kommt ein KPLer nicht in meine Wohnung, das können Sie mir glauben.) Ich glaube nicht, daß ein KPLer einen besonderen Wunsch hegt, Sie in Ihrer Wohnung aufzusuchen. (Landesrat Dr. Illig: Sagen Sie das nicht, erst kürzlich hat mich eine Berichterstatlerin der „Wahrheit“ aufgesucht.) Es wird also auch weiterhin gerade im Interesse des Wiederaufbaues, im Interesse einer Verbesserung der Versorgung, wie ich schon angeführt habe, nicht zuletzt im Interesse einer Verbesserung der Milch- und Fettaufbringung notwendig sein, die Arbeit der Versorgungsaus-

schüsse zu festigen, zu intensivieren. Es ist eine Tatsache, daß an zahlreichen Orten es nun diesen Versorgungsausschüssen, der Zusammenarbeit der Arbeiter- und Bauernvertreter gelungen ist, wesentlich mehr aufzubringen, als vorgeschrieben war. Es ist eine Tatsache, daß es vielfach möglich wäre, durch ein System der Prämierung der Ablieferung, das da und dort von den Versorgungsausschüssen bereits gehandhabt wurde, zu ermöglichen, die Versorgungslage wesentlich zu verbessern. Es ist eine Tatsache, daß lebendige Demokratie, wirklicher Wiederaufbau nicht möglich sind nur vom Kanzleitisch aus, nicht möglich sind nur mit einem Heer von bezahlten Bürokraten und Beamten, sondern nur möglich ist mit der Mitarbeit des Volkes. Mag sein, daß diese Mitarbeit des Volkes Herrn Landesrat Illig nicht erwünscht ist, aber er wird sie damit nicht verhindern. Mag sein, daß für Herrn Landesrat Illig das Volk identisch ist mit dem Kommunismus und er die Mitarbeit deshalb fürchtet, ich muß sagen, das ehrt uns nur, Herr Landesrat. (Landesrat Dr. Illig: Das Volk ist eben nicht identisch mit dem Kommunisten.) Neben den Versorgungsausschüssen wird es im Interesse des Wiederaufbaues notwendig sein, daß die Kontrollausschüsse, die jetzt teils in der Industrie geschaffen wurden, im kommenden Jahr eine aktive und erfolgreiche Tätigkeit ausüben. Ich möchte hier nur auf eine Kleinigkeit — scheinbar! — hinweisen. Es wurde in letzter Zeit sehr viel darüber gesprochen, daß Sonderaktionen und Einzelaktionen vollkommen sinnlos sind, weil man ja damit bestenfalls dem einen etwas wegnimmt und dem anderen etwas gibt. Gemeint war damit die Frage der Strumpffaktion. Nun möchte ich ganz ehrlich jeden fragen, wieviel Strümpfe haben bisher die steirischen Frauen auf Bezugschein bekommen? So gut wie nichts. (Landesrat Dr. Illig: „Das ist nicht richtig.“) Die Zahl, die Sie, Herr Landesrat Doktor Illig mitzuteilen in der Lage waren, war niederschmetternd, wenn man eine ungefähre Vorstellung hat, was heute in Österreich an Strümpfen produziert wird, daß es in Wien eine einzige Strumpffabrik gibt, die monatlich 140.000 Paar Strümpfe erzeugt (Landesrat Dr. Illig: „Wovon die Russen die Hälfte beanspruchen.“). Wo sind die anderen 70.000? Von denen haben wir nichts gehört. Es ist sehr bezeichnend, daß, als diese Frauendelegation in das Handelsministerium gekommen ist, der Handelsminister und die Beamten des Handelsministeriums auf die Frage, wieviel Strümpfe eigentlich erzeugt werden, uns keine Auskunft geben konnten (Zwischenruf Landesrat Dr. Illig: „Weil die Russen alles in der Hand haben.“), daß sie erklärt haben, wo Strümpfe vorhanden sind, wissen sie nicht. Der Frau Brandner ist es mit Hilfe der Gewerkschaft gelungen, eine große Zahl von lagernden Strümpfen ausfindig zu machen, die angemeldet waren, von denen der Handelsminister aber nichts gewußt hat. Das gilt nicht nur für Strümpfe, das gilt auch für Schuhe, für Geschirr, für tausend verschiedene Arten von Bedarfsartikeln, die erzeugt werden, die vorhanden sind, auf Lager sind, von

denen unsere Handelsminister, unsere Wirtschaftsverbände nichts wissen, die aber der Kontrollausschuß der Bevölkerung, die Betriebsarbeiterschaft gemeinsam mit den Bauern, wir sind dafür, gemeinsam mit den Vertretern der Bauern, aufbringen und dem Konsum zuführen wird. Sehen Sie, das verstehen wir unter demokratischer Kontrolle. (Zwischenruf: „Gimpelfang der Bauern.“) Und darum also nicht nur Versorgungsausschüsse im kommenden Jahr im verstärkten Maße, sondern auch Kontrollausschüsse! (Landesrat Dr. Illig: „Mit reger kommunistischer Beteiligung, das ist die Hauptsache.“) Ist auch die Hauptsache! Dann wird es mehr zum Essen, mehr zum Anziehen geben, dann wird es mehr Bedarfsartikel geben. Sehen Sie, angesichts der Tatsache, daß sich unsere österreichische Bundesregierung nicht gerade durch eine besondere Initiative im Kampf gegen die Not und Verelendung auszeichnet. . . (Zwischenruf: „Wieso kommt das, wenn ein Kommunist drinsitzt, das ist nicht zu begreifen.“) Da können Sie genau so gut fragen, warum der steirische Landtag nicht weiß Gott was leistet, wo doch zwei Kommunisten drinnen sitzen. Leider bestimmen nicht wir, sondern der gesamte Landtag und in der Regierung nicht der eine Kommunist, sondern die massive Mehrheit der anderen Minister, was dort zu geschehen hat. (Zwischenruf: „Was ist mit der Energieversorgung?“) Bei der Energieversorgung? Da ist ganz Erkleckliches geleistet worden. (Landesrat Krainer: „Er hat uns das Dampfkraftwerk Voitsberg weggenommen.“) Vom Energieminister können Sie nicht verlangen, daß er Agenden des Handelsministers erfüllt und Kohle bringt. Es wird notwendig sein, das, was im bescheidenen Maße in Steiermark begonnen wurde, auch weiterhin fortzusetzen, daß auch wir in Steiermark, die steirische Landesregierung, die Initiative ergreift, um alle Möglichkeiten auszunützen, die Versorgung zu verbessern, den Wiederaufbau zu beschleunigen und zu erleichtern. Ich spreche hier von jenen Möglichkeiten, die geschaffen wurden in direkten Verhandlungen, auch von Kompensationsgeschäften in Steiermark. Dazu ein ernstes Wort. Wir Kommunisten sind bestimmt die allerletzten, die irgendeiner Politik das Wort reden würden, die das Land oder eines der Länder gegen die Gesamtheit ausspielt. Wenn wir von einer zusätzlichen Initiative des Landes sprechen, von der Notwendigkeit einer solchen Initiative des Landes, so meinen wir damit nicht und wollen wir damit nicht meinen, daß sich Steiermark in einen Gegensatz zum gesamten Lande, zu den Interessen des gesamten Landes setzt, sondern zusätzliche Möglichkeiten ausnützt, um dem gemeinsamen Ziel, dem gemeinsamen Interesse zu dienen. Wir zweifeln nicht daran, daß es bei gutem Willen, Zähigkeit und Energie eine Reihe von solchen zusätzlichen Möglichkeiten für die Verbesserung der Versorgung und Verstärkung des Wiederaufbaues gibt. In diesem Zusammenhange möchte ich auf eine Frage hinweisen, die für Steiermark, aber darüber hinaus für ganz Österreich von

großer entscheidender Bedeutung ist und das ist die Frage der steirischen Schwerindustrie. Schon unmittelbar nach der Befreiung Österreichs hat dem größten Werk der steirischen Schwerindustrie, Donawitz, Stilllegung gedroht. Man hat damals behauptet, das Werk besitze nicht die notwendige Ausrüstung, um in Betrieb gesetzt werden zu können und es hat sogar mehr oder weniger angesehene Fachleute gegeben, die als einzige Möglichkeit die Stilllegung oder wenigstens teilweise Stilllegung des Werkes empfohlen haben. Meine Herren, ich möchte mit allem Nachdruck sagen, daß nicht nur die Zukunft der Steiermark, nicht nur die Zukunft unseres engeren Heimatlandes, sondern auch die Zukunft ganz Österreichs aufs engste verquickt ist mit der Zukunft unserer steirischen Schwerindustrie, daß die Aufrechterhaltung dieser Industrie, daß die Inangsetzung dieser Industrie mit allen jenen Konsequenzen im Innern und Äußern, die dazu notwendig sind, eine Voraussetzung für die Unabhängigkeit, für die Selbständigkeit, die Souveränität unseres Landes in Zukunft darstellt. Nur wenn es uns gelingt, unsere Schwerindustrie nicht nur zu erhalten, sondern auch in Gang zu setzen, nur dann, wenn es uns gelingt, diese unsere Schwerindustrie nicht nur dem Wiederaufbau in Österreich dienstbar zu machen, sondern ihr auch im Auslande den notwendigen Absatz zu sichern, dann haben wir auch die Unabhängigkeit und die Souveränität Österreichs gesichert. (Landesrat Dr. Illig: „Vielleicht können Sie bei den Russen intervenieren, daß sie uns die elektrische Blockwalzstrecke zurückgeben.“) Herr Dr. Illig, daß Sie in allem und jedem das Erbe der Goebbels-Propaganda angetreten haben, ist bereits bekannt. Wer ist schuld? Der Jud! Wer ist Schuld? „Der Russe und der Kommunist“ heißt es bei Ihnen. (Landesrat Dr. Illig: „Das beruht auf Gegenseitigkeit. Sie sagen: „An allem ist die ÖVP schuld.“) Sie werden nicht gehört haben, daß ich gesagt habe, die ÖVP sei schuld. (Landesrat Doktor Illig: „Es steht aber jeden Tag in der Wahrheit.“) Sie müssen die Zeitung besser lesen, Sie lesen sie zwar genau, aber offenbar verstehen Sie sie nicht. (Landesrat Dr. Illig: Sie ist die Begleitmusik bei meinem Frühstück.“) Darum sind Sie so klein geworden und zusammengegangen. (Landesrat Doktor Illig: „Das ist für mich der Ersatz der „Meggendorfer“, die eingegangen sind.“) Wir haben im Zusammenhang mit der Frage der obersteirischen Schwerindustrie verschiedene Diskussionen gelesen und gehört, in denen gestritten wurde, wo der Hochofen in Gang gesetzt werden soll, in Linz oder in Donawitz. Ich möchte hier mit vollem Ernst sagen, mir scheint es als eine wichtige, eine entscheidende Aufgabe unserer Landespolitik, in Zukunft alles zu unternehmen, um die Inangsetzung der steirischen Hochofen zu sichern. Es liegt mir ein steirischer Lokalpatriotismus völlig fern. Eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen Oberösterreich und Steiermark halte ich nicht nur für möglich, sondern für notwendig. Eine Arbeitsteilung, die im wesentlichen darin bestehen muß, daß in Obersteiermark die

Hüttenindustrie ausgebaut wird, während in Linz das ausgebaut wird, was Österreich immer gefehlt hat und auch heute noch fehlt, nämlich der schwere Maschinenbau.

Meine Herren, man könnte über einzelne Posten des Budgets, über einzelne Kapitel sehr viel sagen. Mir scheint am wichtigsten, heute das zu sagen, was von den anderen verabsäumt wurde, nämlich, daß uns das beste Budget und die besten Witze des Herrn Landesrates Illig aus der Situation, in der wir uns heute befinden, nicht herausführen können, wenn wir es nicht verstehen werden, einen wirklichen Geist demokratischer Zusammenarbeit zu erzielen. (Landesrat Dr. Illig: „Den habe ich ja heute verkündigt.“) Ja, Sie haben heute verkündigt, den entschlossenen Kampf bis aufs Messer gegen die Kommunisten. (Landesrat Dr. Illig: „Die Zusammenarbeit mit allen guten Österreichern habe ich verkündigt.“) Sie haben den Kommunisten den Kampf verkündigt, Sie haben zum Beispiel, ich muß „zumindest“ sagen, die unverschämte Behauptung aufgestellt, daß die Kommunisten schlechte Österreicher seien, alles das angesichts des Prozesses Schmidt, den wir heute in Wien erleben, wo ein Ihnen nahestehender Herr Miklas dem Henker von Holland und auch dem Henker Österreichs, Seyß-Inquart, bestätigt hat, daß er ein guter Österreicher war, wo ein Prozeß geführt wird, der nicht nur ein Prozeß gegen den Herrn Schmidt ist, sondern ein Prozeß gegen das ganze sogenannte autoritäre Regime in Österreich, in Wahrheit also ein Prozeß ist gegen jene Leute, die Ihnen scheinbar nahe stehen und die Sie als gute Österreicher bezeichnen, während gleichzeitig von 1934 bis 1938 und von 1938 bis 1945 hunderte und tausende Kommunisten gestorben sind im Kampf für die Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs, gestorben sind im Kampf für die Demokratie. Sie wagen es, im Namen einer Partei, die Österreich verkauft und verraten hat, hier aufzutreten und zu sagen, wir sind keine guten Österreicher. Das ist alles Wahrheit, Herr Landesrat Illig, die wir hundertfach erlebt haben. (Zwischenrufe.) Wie kann man von einem wirklichen Geist der Zusammenarbeit sprechen, wenn sich zum Beispiel das Steirerblatt genötigt sieht, anläßlich eines dummen Silvesterkrawalles die unglaublichsten Schlagzeilen über kommunistische Terrorgruppen zu bringen. (Landesrat Doktor Illig: „Ist das vielleicht kein Terror, ist das vielleicht Demokratie, wenn man mir droht, mich mit 4000 Arbeitern herauszufangen und zu erschlagen?“) Lieber Herr Landesrat, es hat Sie niemand am Leben bedroht. Aber ich habe ihren witzigen Ausführungen gelauscht, ohne Sie durch Geschrei zu unterbrechen, ich bitte Sie, so viel Fassung zu bewahren, daß Sie auch mich nicht unterbrechen und dazwischenschreien. Ich möchte sagen, daß es notwendig ist, trotz solcher Exzesse zu arbeiten für eine demokratische Zusammenarbeit. Wir werden diese demokratische Zusammenarbeit überall dort, wo sie möglich ist und wo sie sich verwirklichen läßt, herstellen, auch wenn man es

uns schwer macht. Ich verstehe die Rolle des Herrn Landesrates Illig sehr gut. Er ist ja Referent für Fremdenverkehr in der Steiermark, er erwartet jetzt eine Flut von amerikanischen Gästen in Österreich und er will offenbar diesen Amerikanern den Aufenthalt in Österreich schmackhaft machen und infolgedessen ihnen zurufen: „Kommt ruhig nach Österreich, bei uns in Österreich ist es genau so gemütlich wie in Amerika, denn da werde ich, der Illig, geradeso gegen die Kommunisten hetzen, wie dies in Amerika geschieht.“ (Landesrat Dr. Illig: „Die Russen haben wir schon genossen, jetzt probieren wir es eben mit den Amerikanern.“) Sie haben eben nicht das Glück gehabt, in der amerikanischen Zone zu leben, vielleicht hätten Sie dann die amerikanischen Fremden auch genossen. Ich muß sagen, daß diese Art von Fremden — mich hat der Schauer gepackt, als der Sicherheitsdirektor Rosenwirth gesprochen hat — ich glaube, von dieser Art von Fremden haben wir genug, wir wünschen uns friedlichere, ich glaube, daß es ein müßiges Unterfangen ist, abwägen zu wollen, von welcher Besatzungsmacht es am angenehmsten ist, besetzt zu sein, am besten wohl von gar keiner. (Abg. Hollik: „Ganz ausgezeichnet!“ Abg. Wolf: „Wo er Recht hat, hat er Recht!“) Die Möglichkeiten unseres Landes, auch wenn hier zweifellos nennenswerte Anstrengungen gemacht werden, die Versorgungslage zu verbessern, den Wiederaufbau in Gang zu setzen, die Möglichkeiten, hier weiter zu kommen, sind doch beschränkt. Das ist kein Zweifel. Wir brauchen wirklich nur an den vergangenen Winter zu denken, um zu sehen, wie alle schönen Pläne des Wiederaufbaues über den Haufen geworfen wurden und es ist natürlich etwas kindisch, zu sagen, sie sind über den Haufen geworfen worden und wir sind deshalb nicht weitergekommen, weil der Winter streng war. Denn wenn auch der Winter nicht streng gewesen wäre, die Kohlenmengen, die für Österreich gesichert waren für diesen Winter, hätten auch für den mildesten Winter nicht ausgereicht. Auch bei einem milden Winter hätten wir die Produktion einschränken müssen und es besteht hier leider Gottes eine Parallele, wie seinerzeit im Jahre 1941 Hitler gesagt hat, der „General Winter“ habe ihn geschlagen. Meine lieben Freunde, seine deutschen Soldaten in den Sommeruniformen hätten auch einen mildereren russischen Winter nicht überwunden, er hätte nicht müssen so strenge sein. So ähnlich geht es uns heuer auch. Auch einen milden Winter hätte unsere Wirtschaft nicht ohne schwerste Erschütterungen durchhalten können, weil wenige und unzulängliche Vorsorge getroffen wurden, weil zweifellos und ich sage das mit vollem Bewußtsein der Verantwortung dessen, was ich sage, weil es tatsächlich eine Verschwörung einer führenden Clique der ÖVP und leider auch der SPÖ gibt, die andere Sorgen hat, als den wirklichen Wiederaufbau in Österreich, die andere Sorgen hat, als die Inangsetzung der Produktion (Landesrat Dr. Illig: „An der Verschwörung der beiden großen Parteien war

auch Petrus beteiligt, den haben Sie vergessen bei dem strengen Winter, der war der Dritte im Bunde.“) Ich glaube nicht, ich habe schon gesagt, es hätte Ihnen wenig geholfen, wenn der Winter weniger streng gewesen wäre. Keine Kohle ist keine Kohle, ob ein strenger oder milder Winter ist. Für uns besteht kein Zweifel, daß wir einerseits jederzeit alle Anstrengungen machen werden, auch unter den gegebenen Umständen mitzuhelfen, wo es sinnvoll ist, zu helfen, daß es aber auf der anderen Seite notwendig sein wird, um einen wirklichen Umschwung, eine wirkliche Besserung in Österreich herbeizuführen, neuerlich an das Volk zu appellieren. Wir sind überzeugt, daß aus diesen Neuwahlen nicht nur ein anderer Nationalrat, nicht nur eine andere Regierung, sondern auch ein anderer, ein besserer, ein gesünderer Geist hervorgehen wird.

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich erkläre die Generaldebatte für geschlossen.

Ich berufe die nächste Sitzung für morgen, den 1. April 1947, mit dem Beginn um 14 Uhr 30 Min. ein.

Auf der Tagesordnung steht: Fortsetzung der Beratung des Landesvoranschlages.

Weiters nehme ich in Aussicht, folgende weitere Punkte auf die Tagesordnung zu setzen:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 32, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 29. Mai 1946, LGBl. Nr. 13, betreffend die Einhebung einer Abgabe für die Ausübung des Jagdrechtes abgeändert wird.

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 33, Gesetz, womit

die Einhebung eines Zuschlages zur Vergnügungssteuer neu geregelt wird.

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 34, Gesetz über die Einhebung einer Abgabe von Anzeigen in Druckwerken durch das Land Steiermark (Landes-Anzeigenabgabe).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 35, Gesetz, betreffend die Einhebung einer Landes-Kraftfahrzeugabgabe.

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 36, Gesetz über die Fischerkartengebühren.

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 37, Gesetz über die Einhebung eines Landeszuschlages zur Grunderwerbsteuer.

Wird dagegen in Einwand erhoben? (Nach einer Pause.) Es ist das nicht der Fall.

Morgen um 9 Uhr tritt der Finanzausschuß im Büro des Landesrates Horvatek zusammen, um 13 Uhr 30 Min. der Fürsorgausschuß im Büro des Herrn Landesrates Oberzaucher, um 11 Uhr 30 Min. ist Obmännerkonferenz im Präsidentenbüro.

Ich nehme an, daß Sie mit meinen Vorschlägen einverstanden sind.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 21 Uhr 15 Minuten.)